DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Blickt zurück und voraus: Anwältin Beate Bahner im DW-INTERVIEW Seite 7 Foto: Ulrike Reinert/gemeinfrei

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 125, Samstag, 11. März 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: BE69 9675 5966 2478

Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

DREI JAHRE VORAN | Die neue Wochenzeitung für Deutschland. | **SOUVERÄNE AUFKLÄRUNG FÜR FRIEDEN!**

TSCHAU COWBOY!

»Die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber«, heißt ein populäres Sprichwort. Doch wer hat eigentlich darüber abgestimmt, dass wir gemeinsam mit den USA in den Krieg und in den Untergang ziehen wollen? Ist nicht spätestens jetzt der Zeitpunkt, die Reißleine zu ziehen? Warum schon wieder Nibelungentreue?

Der Westen befindet sich nach Jahrzehnten des Niedergangs am Tiefpunkt seiner Glaubwürdigkeit. Nach Jahren des lügenhaften »War on Terror« unter dem Vorwand Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten, wehrlose Frauen und Kinder zu schützen und einen neuen Hitler zu verhindern, reichten diese Lügen zur Überlagerung des Kollapses des US-Finanzmarktkapitalismus nicht mehr aus. Zur humanitären Bemäntelung des ökonomischen Abstiegs, zur Verhinderung und zur Unterdrückung der sich abzeichnenden oder bereits gekommenen Aufstände sowie zum großen Neuanfang des Unrechts riefen die Herren der Welt 2020 eine weltweite Pandemie aus.

Ein gemeingefährlicher Erreger soll vom Tier auf den Menschen übergesprungen sein. Neue Regeln wurden für den Menschenpark gesetzt, die mit Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Menschenrechten nichts mehr zu tun hatten. Wir wurden zuhause eingesperrt, in Abstandsboxen gepfercht und abgespritzt. Nachdem die Coronalüge nicht mehr trug, wurde der Krieg gegen Russland ausgerufen. Seitdem winken sie mit Grabenkämpfen, Kälte, Abnutzungskrieg und Heldentum im Osten. Wir sollen dankbar sein, dass die Atombomben noch nicht ausgepackt wurden.

Der Untergangsphantasie von Konzernen und Regierung steht seit dem 28. März 2020 die Demokratiebewegung gegenüber. Jeden Tag und überall. Zur »neuen Normalität« aus Kriegen, Krankheit, Mangelwirtschaft und Tod stellen die Demokraten Positives und Lebensbejahendes entgegen. Am Samstag, den 25. März 2023, zieht diese neue politische Kraft, die Demokratie- und Friedensbewegung, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin Bilanz – und gibt Ausblick auf unser neues Deutschland. Denn wir Menschen bestimmen selber, wo es langgeht.

DA KANN MAN SCHON MAL BLÖD AUS DER WÄSCHE SCHAUEN …

Der Weg in die Freiheit ist nicht einfach und irgendwie war es für viele auch sehr bequem unter der Ägide der USA ein betreutes und abgesichertes Leben zu führen. Doch spätestens seit der US-Finanzmarktkapitalismus abgeschmiert ist und wir andauernd in sinnlose Kriege getrieben werden, ist das Leben hier nicht mehr mit europäischen Normen zu vereinbaren. Und das sind Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung.

Wir sollen das düstere Märchen von der amerikanischen »Bürde«, die Welt beglücken und beherrschen zu müssen, glauben? Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher? Nee! Den Deutschen unterstellen manche ein behäbiges und treudoofes Gemüt, wir halten nichts von solchen Vergleichen. Wir sind niemandes Vieh. Wir brechen aus deren Animal Farm aus. Nicht mit uns. Die Deutschen verständigen sich auf Basis des Grundgesetzes neu und entscheiden über alle grundsätzlichen Fragen selbst.

Titelgestaltung: DW/Ute Feuerstacke Hendrik Sodenkamp

GEBT IHN WIEDER HER!

Seit dem 29. Juni 2022 steckt Michael Ballweg im Gefängnis, weil er der Regierung unbequem wurde. Am 12. März 2023 startet um 14 Uhr auf dem Marktplatz Stuttgart-Zuffenhausen die Demo zu seiner Freilassung. Die Demokratiebewegung wächst, Seite 6

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW125

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 125. Ausgabe ab Samstag, 11. März 2023. | Redaktionsschluss war am 9. März. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Sattelmaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** BE69 9675 5966 2478



Mutiger Ehrenmann

Der Preis der Republik geht an Peter Hahne.
LAUDATIO von Klaus Müller

Einst war er Moderator und Redakteur der Sendungen »heute« und »heute journal«, stellvertretender Leiter des *ZDF*-Hauptstadtstudios. 2023 muss man konstatieren: Auch wenn er schon in früheren Jahren seine Finger in gesellschaftliche Wunden legte, heute würde Peter Hahne beim *ZDF* sicher keine große Karriere mehr machen – zu unbequem, zu unangepasst, weder links noch grün, zudem kein bisschen *woke*. Dafür ist er als prominente Stimme und anerkannter Ehrenmann umso wichtiger im Kampf gegen ein verrückt gewordenes Regime.

Der 70-Jährige, der evangelische Theologie, Philosophie und Germanistik studierte, spricht immer wieder Klartext und den Menschen, die in Scharen zu seinen Vorträgen strömen, aus der Seele. »Das Virus der Spaltung hat unser Land wie ein Krebsgeschwür zerfressen», schreibt er in seinem Bestseller »Das Maß ist voll«. Hahne prangert die Politik in unserem Land an: »Die Regierung hat den Kontakt zur Bevölkerung verloren.« Sie habe »nicht nur bei Corona, sondern auch im Ahrtal« gänzlich versagt. Er fordert, dass die Verantwortlichen für »die unsägliche Panikmache und Angsttreiberei" während der Coronazeit zur Rechenschaft gezogen und die Kritiker rehabilitiert werden. Hahne weiß: »Jede angebliche Verschwörungstheorie ist heute von der Realität weit überholt.«

Den penetranten Umerziehungsversuchen des Staates sagt der gläubige Christ (»Jesus ist ein Kreuz- und Querdenker«) offen den Kampf an – insbesondere der gezielten Zerstörung unserer Sprache. Hahne: »Wir werden verarscht.« Das »*Gender*-Gestotter« sei für ihn Realsatire. Auch aus seiner Enttäuschung über das Totalversagen der *Mainstream*-Medien macht er keinen Hehl. Deren verzweifelte *Framing*-Versuche prallen an ihm ab. Einer wie Peter Hahne lässt sich nicht mundtot machen. Niemals! Die Regierung solle endlich eine Politik machen, die Demos überflüssig werden lässt. Bis dahin fordert Hahne demokratischen Widerstand: »Spazierengehen ist gesund – besonders montags.«

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN YANN SONG KING. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.
Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King.

Und die nächste Bank kündigte unser Konto! Mittlerweile ist es die elfte. Warum machen sie das? Opposition und Regimekritik soll verstummen. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: BE69 9675 5966 2478
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Die Mutter aller Bewegungen

EINWURF von Werner Köhne

Im Jahre 2015 entstand unter meiner Regie die filmische Dokumentation »Nie wieder Krieg – Zur Geschichte und Aktualität der Friedensbewegung«, damals im Auftrag von *ZDF/arte*. Sie zeichnete die Entwicklung dieser »Mutter aller Bewegungen« nach, die in den 1950er-Jahren als Kampf gegen die Atombombenversuche begann und in den frühen 1980ern anlässlich des Nato-Doppelbeschlusses ihren Höhepunkt erreichte, danach aber nur noch sporadisch aufflackerte.

Wer den Film heute sieht, stellt verblüfft fest, wie zeitbedingt verschieden das Thema Krieg und Frieden die Gemüter erregte. 1981 war es wie ein Rausch, der auf der Bonner Hofwiese die 300.000 Teilnehmer erfasste. Es war wohl einer jener seltenen Augenblicke in der jüngsten Geschichte, in der sich individuelles und kollektives Erleben in Einklang wussten. Gleichwohl blieb der Erfolg aus: Die Mittelstreckenraketen wurden aufgestellt.

2015 – zur Zeit der Entstehung des Films – überwog hingegen eine Sichtweise, die das Thema Frieden global einbettete. Und heute erleben wir fassungslos, wie die Notwendigkeit von Krieg allabendlich zum moralischen Imperativ erhoben wird. Wahrlich eine Herausforderung für eine sich gerade neu erfindende Friedensbewegung.

Ein Gedanke sei hier noch angefügt: Er betrifft filmästhetische Veränderungen im Laufe der Zeit: Das Filmmaterial, das uns aus den 1950er-Jahren im Schnitt zur Verfügung stand, war in Schwarz-Weiß gehalten. Es handelte sich hauptsächlich um Fotos – was für den cineastischen *Flow* eine gewisse dynamische Montage nahelegte.

Die bewegten Aufnahmen von den Bonner Hofwiesen zeigten hingegen die Nachteile einer damals noch dominierenden Videotechnik auf: Die Hunderttausende in Bonn bildeten eine Masse von Langhaarigen, die in grisselige schmutzige Farben getaucht war. Solche Bilder lösen heutzutage Spott aus, was in einer narzisstisch beschränkten Gesellschaft auf die politische Bewertung des Ereignisses zurückschlägt. Heute hingegen erlaubt die Digitaltechnik eine breitgefächerte hochauflösende Sicht auf die Geschehnisse – aber man bekommt das Gefühl, gegenwärtig einer durchgängigen Manipulation ausgeliefert zu sein. Das Narrativ um den Ukrainekrieg wird so visuell *geframt*, dass Friedensdemonstranten sofort diskreditiert werden. Das war 1980 noch anders.

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112

AUFKLÄRUNG UND HOFFNUNG

Wir ziehen Bilanz zu drei Jahren Widerstand mit dem Hamburger Arzt und »Preis-der-Republik«-Träger Dr. Walter Weber. | INTERVIEW von Hendrik Sodenkamp



Die Mutter der neuen Demokratie- und Friedensbewegung NichtOhneUns.de bei Demokratie im Mauerpark, Berlin im Juli 2020. Foto: privat

DW: Herr Dr. Weber, könnten Sie sich den Lesern kurz vor stellen?
Walter Weber: Ich wurde 1944 in Düren im Rheinland geboren und seit meinem Studium, dem Staatsexamen im Jahr 1969, und meiner Doktorarbeit bin ich Doktor der Medizin und Facharzt für Innere Medizin. In meiner Tätigkeit als Arzt habe ich vier Bücher zum Thema Psychosomatik und Krebs verfasst.

Ihren Titeln »Der Mensch ist mehr als sein Körper«, »Die Seele heilt den Menschen«, »Hoffnung bei Krebs und Gesundheit aus eigener Kraft« kann man schon entnehmen, dass ich mich jahrelang stark mit den allgemein unterbeleuchteten inneren Faktoren von Krankheit und Gesundung auseinandergesetzt habe.

Bereits im ersten *Lockdown* 2020, der damals noch *Shutdown* hieß, haben Sie öffentlich ausgesprochen, dass die Coronapolitik mit Gesundheit nichts zu tun hatte und den Ärzteverband »Ärzte für Aufklärung« mitgegründet. Woher wussten Sie schon zu diesem Zeitpunkt, dass das Handeln der Regierung falsch war?
Mir stieß die Diskrepanz zwischen medialer Hysterie und den tatsächlichen Krankheits- und Todeszahlen auf und ich habe im März 2020 die Videos von Sucharit Bhakdi, Wolfgang Wodarg, Heiko Schöning und Marc Fiddike gesehen. Da das Vorgehen weltweit ähnlich war, musste eine Agenda dahinter stecken. Nach intensiver Recherche fanden wir deren Ausformulierung im Jahr 2005.

Der Direktor der Öffentlichkeitsabteilung der US-amerikanischen Seuchenbehörde (CDC) verkündete damals ein 7-Schritte-Rezept, um Impfungen besser zu verkaufen – mit Angst, Panik und Einschüchterung. Das Ganze gibt es nur in englischer Sprache, aber dort in zahlreichen Artikeln und in einem Buch. Genau nach diesem 7-Schritte-Rezept wurde seit April 2020 bis jetzt gehandelt. Bei uns spielte Herr Drosten seine Rolle durch Panikmache und Angst erzeugende Hochrechnungen. Das Papier der BMI zielte in die gleiche Richtung. Bezüglich der Handlungen der Regierung wies ein Hamburger Professor bereits 2020 nach – und zwar wissenschaftlich –, dass alle Maßnahmen unserer Gesundheit schaden.

Nun jährt sich der dritte Jahrestag des Widerstands gegen diese Maßnahmen. Zeit, Bilanz zu ziehen. Was haben Sie mit dem Ärzteverband unternommen? Und was haben Sie in den drei Jahren erreicht?
Wir haben eine Internetseite erstellt, um wissenschaftlich die Öffentlichkeit zu informieren und wir habe einen *Telegram*-Kanal mit ähnlicher Zielrichtung geschaffen, in dem wir nicht nur medizinische Informationen verbreiten, sondern auch auf berufsbezogene und gesellschaftliche Zusammenhänge eingehen. Damit haben wir viele Menschen erreichen können.

Rund 130.000 Mitbürger verfolgen diesen Kanal und leiten deren Inhalte weiter. Daneben sind wir Ärzte auf zahlreichen Demonstrationen in ganz Deutschland als Redner aufgetreten. Wir haben Flugblätter verteilt. Bereits im August 2020 gab es einen *Flyer*, der darauf hinwies, dass »Der Zwang zur Impfpflicht droht«; auf einem anderen verglichen wir echte Pandemien mit dieser *Fake*-Pandemie. Hier haben wir reichlich Ressourcen eingebracht. 4 Millionen Exemplare dieser Flugblätter wurden gedruckt und verteilt.

Das hat für Aufmerksamkeit und Aufregung gesorgt, sodass sich »Tagesthemen« und *ZDF*-»heute« genötigt gesehen haben, es zu bearbeiten. Das hieß für uns *Framing* als Nazis, Verschwörungstheoretiker und später dann Hausdurchsuchungen durch die Polizei. Sehr wichtig war, dass wir vielen Menschen Hoffnung gegeben haben, die Wahrheit zu sagen – trotz aller Einschüchterungen. Und zu guter Letzt waren wir als Ärzte daran beteiligt, dass es nicht zu einer allgemeinen Impfpflicht gekommen ist.

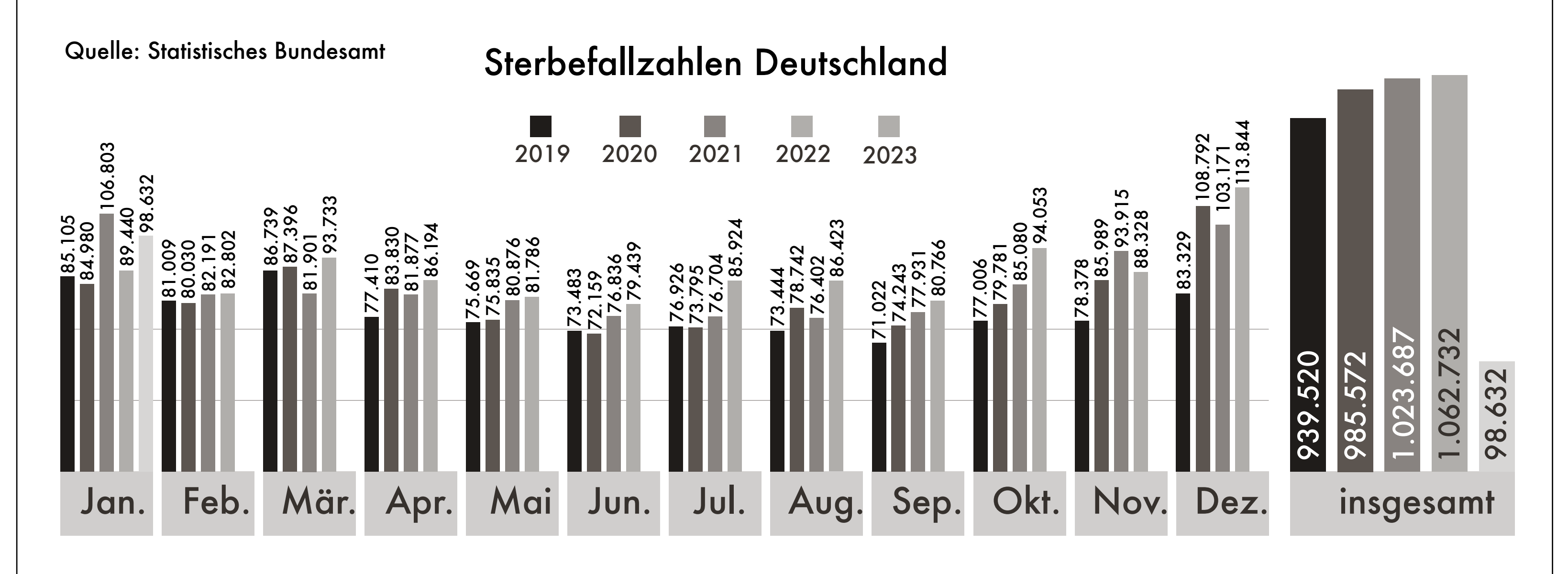
Was sind die Schäden der Coronamaßnahmen aus medizinischer Sicht?
Physische und psychische Schäden bei Erwachsenen und besonders bei Kindern und Jugendlichen. Terrorisierung durch Lehrerschaft und Schulleitung. Erzeugung von Todesangst. Die Masken als Selbstschädigung, physisch und psychisch. Spaltung der Gesellschaft und von Familien in »Corona-Gläubige« und »Corona-Leugner« und natürlich die Schäden der Spritzen.

Jens Spahn schreibt ein Buch, dass wir einander, also ihm, verzeihen müssten und Karl Lauterbach würde heute angeblich ganz anders agieren. Was sagen Sie dazu, dass die Politiker keine Verantwortung für ihr Handeln übernehmen?
Alle diese Menschen gehören vor Gericht. Hier kann über die Verantwortlichkeit entschieden werden. Das Leid, was diese »Herrschaften« medizinisch unnötig ausgelöst haben, muss schlicht und ergreifend Konsequenzen haben.

Dürfen wir demnächst ein längeres Resümee zu drei Jahren Widerstand mit Ihnen ziehen?
Ja!

Herr Doktor Weber, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Für Oktober 2022 wurde sogar ein Anstieg von 19 Prozent der Sterbefälle im Vergleich der Vorjahre gemeldet. Der Grund: Die Injektionen.

Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

NOVAK DJOKOVIC WIRD WEITERHIN DISKRIMINIERT

Indian Wells/DW. Corona ist vorbei? Denkste! Tennisspieler Novak Djokovic darf als »Ungeimpfter« nicht am ATP-1000-Turnier im kalifornischen Indian Wells teilnehmen. Die US-Behörden verlangen für die Einreise nach wie vor einen »Impfnachweis«, den der Serbe weder liefern kann noch will. Die Organisatoren des Turniers bemühten sich zwar um eine Ausnahmegenehmigung für den Weltranglistenersten, blieben damit aber erfolglos. »Novaks Situation ist absurd. Wir möchten die besten Spieler der Welt hier haben. Er hat mir auch geschrieben, dass er gerne am Turnier teilnehmen würde. Aber es liegt nicht in unserer Hand und das ist auch für uns frustrierend«, erklärte Turnierdirektor Tommy Haas, einst deutscher Spitzenspieler, gegenüber der *New York Times*. Wahrscheinlich wird Djokovic Ende März auch auf die Teilnahme am Turnier in Miami verzichten müssen. (kmü)

DAS MANIFEST DER TAUSEND ÄRZTE

Heidelberg/DW. Das Vertrauen in Medizin und Ärzteschaft hat in der Coronazeit massiv gelitten, weil der Großteil der Ärzte beim bösen Spiel von Politik und Medien mitmachte, anstatt sich an seinen Berufsethos zu erinnern und die Patienten zu schützen. Rund 1.000 Ärzte mahnen nun in der »Heidelberger Ärzteerklärung« dringend »eine Rückkehr zu einer verantwortungsvollen Medizin an“, wie der *Blog* achgut.com vermeldet. Die Seite heidelberger-aerzteerklaerung.org diene für Patienten, die auf der Suche nach verantwortungsbewussten Ärzten mit einer kritischen Distanz zu den Corona-Maßnahmen sind, zugleich als Recherchehilfe. Zu den Mitinitiatoren gehört der Heidelberger Arzt Dr. Gunter Frank, der in DW 122 mit dem »Preis der Republik« ausgezeichnet wurde. Zu den Unterzeichnern der Erklärung zählen u. a. auch Dr. Wolfgang Wodarg und Prof. Dr. Andreas Sönnichsen. (kmü)

GEBURTENEINBRUCH IN NORWEGEN

Oslo/DW. In Norwegen kam es 2022 zu einem Rekord-Geburteneinbruch: Gab es 2021 noch rund 56.000 Geburten, so waren es im darauffolgenden Jahr etwa 4.500 weniger, was ein Minus von rund 8 Prozent bedeutet. Dies berichtet tkp.at unter Berufung auf den norwegischen Rundfunksender *NRK*. Zudem wurden mehr als 15.000 Meldungen über schwere Menstruationsbeschwerden verzeichnet und von diesen 800 als »schwer« klassifiziert. Die Fruchtbarkeits- bzw. Fertilitätsrate sank auf den niedrigsten jemals in Norwegen gemessenen Wert von 1,41 Kindern pro Frau (von 1,55 im Jahr 2021). (kmü)

MELDUNG

DIE LINKE UND SAHRA WAGENKNECHT: BRUCH NICHT MEHR ZU KITTEN

Berlin/DW. Nachdem Sahra Wagenknecht für das mit Alice Schwarzer verfasste »Manifest für Frieden« von Teilen der Linkspartei heftig kritisierte wurde, schießt diese nun scharf zurück und erklärte, ihre Partei sei im Abstieg begriffen. Gegenüber dem *Tagesspiegel* sagte Wagenknecht: Dass der Parteivorstand der Linken die größte Friedenskundgebung in Deutschland seit vielen Jahren nicht nur nicht unterstützt, sondern sich daran beteiligt hat, sie zu diffamieren und Leute von einer Teilnahme abzuhalten, zeugt vom traurigen Niedergang der einstigen Friedenspartei.« Die Unterschiede zwischen ihr und dem Vorstand der Partei seien »mittlerweile so groß, dass die Vorstellung, wie das noch einmal zusammenfinden soll, meine Fantasie überfordert«. Und schließlich: »Eine erneute Kandidatur für die Linke schließ ich aus.« Damit verdichten sich nun die Anzeichen, dass Wagenknecht bald eine neue Partei gründen könnte. (kmü)

SCHOLZ BESUCHTE BIDEN: LOBHUDELEI – ABER KEIN WORT ÜBER *NORD STREAM*

Washington/Meseburg/DW. Nach seinem Treffen mit Joe Biden in Washington lobte Bundeskanzler Olaf Scholz das »enge Verhältnis» und die »sehr gute Freundschaft« beider Länder. In einem Interview mit dem Sender *CNN* nannte Scholz den US-Präsdienten »einen der fähigsten« Anführer der Welt. Über die Sprengung der *Nord-Stream-Pipelines* wurden offiziell nicht gesprochen. Biden lobte Scholz stattdessen laut *CNBC* »für die Abkehr Deutschlands von russischen Energiequellen bei gleichzeitiger Erhöhung der Verteidigungsausgaben«. Wie die *Berliner Zeitung* berichtet, sagte Biden demnach: »Sie haben zu Hause historische Veränderungen vorangetrieben, Sie haben die Verteidigungsausgaben erhöht und die Diversifizierung weg von russischen Energiequellen vollzogen und ich weiß, das war nicht einfach und sehr schwierig für Sie.« Scholz selbst ist auch zufrieden mit sich. Am Rande der Kabinettklausur in Meseberg (Brandenburg) sagte er: »Wir haben Deutschland gemeinsam [...] angesichts einer ganz großen Herausforderung, die mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verbunden ist, sicher durch eine große Krise geführt.« (kmü)

DAS HABEN WIR NICHT BESTELLT

Unsere Herrschaften machen mit unserem Geld, was sie wollen. | Von Hendrik Sodenkamp

Seit dem 29. Juni 2022 wird der Stuttgarter Demokrat Michael Ballweg im Terrorknast Stammheim festgehalten. Angeblich soll er Fehler in seiner Steuererklärung gemacht haben. Und bis das Finanzamt das geprüft hat, sitzt er im Gefängnis. So lautet die offizielle Erzählung des Staatsapparats. Eine Lüge. Michael Ballweg sitzt im Gefängnis, weil er ein einflussreicher Oppositioneller der Gegenwart ist.

Zuletzt lehnte das sogenannte Bundesverfassungsgericht eine Klage seiner Anwälte ab, die auf die ungewöhnlichen und unhaltbaren Zustände im Umgang mit Ballweg hinwiesen. Denn immer noch gibt es überhaupt kein Urteil und noch überhaupt kein faires Verfahren für den erfolgreichen Unternehmer.

Den Wunsch, Steuern sparen zu wollen, kann man niemandem verdenken. Denn mitnichten werden damit sinnvolle Dinge finanziert. 100.000 Euro gab jenes Verfassungsgericht für ein neues Logo und seine Internetseite aus, das während des Corona-Verfassungsbruchs seiner Arbeit nicht nachging und Regierung und Konzerne nicht in die Schranken wies. Finanziert ist das überteuerte Layout aus Steuermitteln. Was hat sich geändert? Die Schrift wurde von Times New Roman auf Arial umgestellt (genial!) und der vormals als Bodybuilder auftretende Logo-Bundesadler ist nun abstrahierter und bildet die Form eines Dolches, der über den Köpfen der Bürger schwebt.

Weitere Steuermittel, die gegen die Bürger eingesetzt wurden? Bitteschön: 1,5 Millionen Euro flossen an Journalisten der Öffentlich-Rechtlichen Medien und der großen Medienkonzerne vom Bundeskanzleramt und den Bundesministerien. Linda Zervakis, ehemalige »Tagesschau«-Sprecherin und jetzt Pro7-Moderatoren erhielt allein im vergangenen Jahr 12.000 Euro für »Moderationstätigkeit« vom Bundeskanzler. »Tagesschau«-Sprecherin Judith Rakers soll laut Medienberichten rund 10.000 Euro von der Regierung erhalten haben, die Deutsche-Welle-Journalistin Monika Jones sogar rund 40.000 Euro. Die Liste ist lang und wurde auf Anfrage der AfD veröffentlicht.



Unabhängiger Journalismus? Judith *Tagesschau* Rakers lässt sich von der Regierung bezahlen. Foto: Wikipedia

Was auch niemand bestellt hat: Franziska Giffey (SPD) will nach der verlorenen Wahl mit der CDU koalieren und die auch mit ihr. Die CDU war vor der Wahl für »Wandel« angetreten. Nun will sie mit der Partei koalieren, die seit 22 Jahren regiert. Was in Berlin jedoch bestellt und klar gewählt wurde, war die Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen – gegen eine angemessene Entschädigung, versteht sich. Fast zwei Drittel der Berliner Wähler hatten am 26. September 2021 dafür gestimmt. Ob man das Ergebnis gut findet oder nicht, fest steht: Die Herrscher der Hauptstadt weigern, sich den demokratisch klar formulierten Willen des Volkes umzusetzen. Vielleicht geht das Geld für die Wohnungen ja in ein neues Marketingprojekt, den Kauf von Journalisten oder die Anschaffung von neuen Aufstandsbekämpfungswaffen von Rheinmetall?

FLÄMISCHE LANDWIRTE BRINGEN BRÜSSEL ZUM STILLSTAND



Nichts ging mehr in der belgischen Hauptstadt: Am Freitag, 3. März, protestierte ein Großaufgebot von Bauern aus der Region Flandern in Brüssel gegen die Agrarpolitik der EU. Es kam zu erheblichen Verkehrsbehinderungen, mehrere Hauptstraßen und Tunnel wurden gesperrt. Nach Angaben des flämischen Bauernverbandes Boerenbond beteiligten sich an der Demo Landwirte und Gartenbauern mit rund 3.000 Traktoren, an denen Schilder mit Sprüchen wie »SOS! Eure Lebensmittel sind in Gefahr« angebracht waren. Die deutschen *Mainstream*-Medien ignorierten den Protest fast gänzlich. Im großen Interview mit DW (Ausgabe 124) hatte Bauernsprecher Anthony Lee (Verein »Landwirtschaft verbindet«) bereits angekündigt, dass vor allem in den Niederlanden und Frankreich »die Proteste jetzt im März wieder Fahrt aufnehmen« werden, nachdem diese 2022 vor allem in Holland zeitweise eskaliert waren – die Polizei hatte gezielt Schüsse auf Traktoren abgefeuert. Die Demo der flämischen Kollegen in Brüssel verlief friedlich. Sie fordern u. a. eine Zukunft für die regionale Landwirtschaft sowie eine faire Stickstoffpolitik. Die (grünen) Pläne der EU würden nach jetzigem Stand vielen landwirtschaftlichen Betrieben die Existenz kosten. (kmü)



Foto: DW/Privat

ZITAT DER WOCHE

»Nicht das Coronavirus brachte Elend, Leid und Spaltung über eine ganze Nation. Nein. Es waren Politiker, Experten und Medien mit furchtbaren Aussagen und zerstörerischen Maßnahmen zu einer Erkrankung, die zu keiner Zeit so gefährlich war, wie dargestellt.

Dr. Friedrich Pürner (via Twitter)

POLIZISTEN-PROZESS GEGEN 14.301



»Der Warteraum ist brechend voll mit Menschen der Öffentlichkeit, die sehen wollen, was mit ihren Steuergeldern passiert.« Der Pop-Star der Demokratiebewegung Björn Banane (3.v.r. im Bild) begrüßte am Donnerstagmorgen zusammen mit dem DW mehrere Dutzend Besucher des berüchtigten Berliner Amtsgerichts Tiergarten. Der Anlass: Die Gewalttaten des Polizisten Nummer 14.301 der international verrufenen Berliner 14. Einsatzhundertschaft. Der Beamte, der bürgerlich Dominik Heller heißen soll, ist angeklagt, in mindestens 15 Fällen auf Geheiß der früheren Kanzlerin Merkel (CDU), des früheren Berliner Innensenators Geisel (SPD) und der noch immer auf freiem Fuß befindlichen Polizeipräsidentin Slowik Körperverletzungen im Amt bis hin zu Mordversuchen unternommen zu haben. Unter anderem soll Heller einen 65-jährigen Demokraten angegriffen und mit einer Tränengaskartusche fast zu Tode geprügelt haben. Hellers mutmaßliche Taten wurden wohl zweifelsfrei auf mehreren Videos dokumentiert. Auch wurde dokumentiert, wie der Polizist 14.301 versuchte, in Anschluss an seine Taten die Videos zu vernichten. Der Prozesstag war bei Redaktionsschluss des Inlandsressorts noch nicht beendet. (bat/bba/ale)

UKRAINE ALS SOCKENPUPPE

Zur Verschleierung der eigenen Täterschaft, behaupten die USA, ukrainische Terrorgruppen hätten Nord Stream gesprengt. | BERICHT von Anselm Lenz

Am Dienstagabend veröffentlichten es mehrere Nato-Propagandamedien gleichzeitig: Die zivilen Erdgasversorgungsleitungen in der Ostsee seien von einer ukrainischen Terrorgruppe gesprengt worden. Das ist gelogen. Es waren die USA.

»US-Geheimdienste vermuten nach Angaben der *New York Times* eine pro-ukrainische Gruppe hinter den Anschlägen auf die Nord-Stream-*Pipeline*«, so das Propagandaportal *Tagesschau.de*. Damit ist das Thema für die Bundesrepublik gesetzt. »In internationalen Sicherheitskreisen wird eine False-Flag-Operation nicht ausgeschlossen – also dass Spuren bewusst gelegt worden sind, die auf die Ukraine als Verursacher hindeuten«, präzisiert die frühere »Hauptnachrichtensendung« im Gleichklang mit transatlantischen Medien weiter. Der Clou: Damit soll auch bereits der Widerspruch zur Propagandameldung inkludiert werden. Die Aufklärung von verdeckten Verschwörungen soll damit also erstmals selbst als Köder ausgelegt werden. Das ist eine neue Farbe im Grau in Grau der Kriegs- und Propagandalügen des US-Imperiums.

DW KLÄRTE AUF: NUMMER 1 WELTWEIT

Auf der Aufklärungsplattform *Apolut.net* bewies ich bereits am Mittwoch, 28. September 2022: »Die USA zerstörten die Versorgungsleitungen in der Ostsee.« Die vorliegende Wochenzeitung unterlegte dies in den Ausgaben DW106 und DW107 mit weiteren Originalbeiträgen. Der Anfangsverdacht für die Täterschaft des US-Kriegsapparates war nicht schwierig zu finden: Es gibt Aufnahmen von US-Präsident Joseph Biden vom 7. Februar 2022, die mir bekannt waren, in denen dieser die Sprengung der zivilen Versorgungsleitungen als Akt der Vergeltung androht: »Wenn Russland einmarschiert – das heißt, Panzer oder Truppen die Grenze zur Ukraine überschreiten –, dann werden wir da sein, dann wird es Nord Stream nicht länger geben. Wir werden dem ein Ende setzen.«

Am 26. September 2022 wurde die Sprengung dann durchgeführt – und zwar von US-Einheiten. Weiteres Material zur Indizienbeweisführung lag mir bereits am Tag nach dem Anschlag vor, darunter Informationen zum Baltops-Manöver, unter anderem mit Unterwasserdrohnen sowie Details zur US-Truppenpräsenz auf der dänischen Insel Bornholm. Wer nur der »Spur des Geldes« folgen wollte, bekam am Tag nach dem Anschlag des Rätsels Lösung präsentiert: So meldete unter anderem die US-Nachrichtenagentur *Reuters* die Eröffnungszeremonie einer neuen Gas-*Pipeline*, die Norwegen, Dänemark und Polen verbindet, die am Tag nach dem Anschlag stattfand. – Sie verstehen: Am 26. September wird abends die russisch-französisch-deutsche *Pipeline* gesprengt, am 27. September vormittags wird die nächste (viel kleinere und teurere) *Pipeline* eröffnet. Seit der Nord-Stream-Sprengung wird zudem US-amerikanisches *Fracking*gas zum Vierfachen des US-Preises an uns Europäer verkauft – wohlgemerkt zuzüglich der Transport- und Infrastrukturkosten. Zugespitzt: Die USA haben unser aller Heizung gesprengt und verteuert.

HANDELSKRIEG ZWISCHEN EU UND USA

Mit dem Kriegsakt der USA im Verbund offenbar mit norwegischen und polnischen Kräften – zumindest unter deren Einverständnis – ist der lange schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und der EU erstmals zu einem Kriegsakt geworden. Dabei machen sich die USA-Falken (Kriegstreiber und »Tiefer Staat« in Washington) ganz offensichtlich das historisch begründete (und teils verständliche) polnische Ressentiment gegen Russland und Deutschland zu Nutze. Und die Bereitschaft der USA, alles kurz und klein zu hauen. Die US-Kriegslobbyistin Victoria Nuland wurde schon im Februar 2014 weltweit bekannt mit ihrer Aussage »Fuck the EU« (etwa: »Scheiß auf die Europäische Union). Gemeint war vor allem die Emanzipation Westeuropas von Washington und dessen Weltherrschaftsanspruch.

Geradezu niedlich ist also, wie nun das »Propagandaballett« tanzt. Zuletzt hatte der Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh Monate nach uns die Täterschaft der USA nochmals bewiesen (DW berichtete). Die Sache ist klar. Doch am Dienstag stieg etwa der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth (SPD), in die *Show* ein: »Ich hoffe, dass man jetzt auch noch Licht ins Dunkel bringen kann, vor allem bei der Frage, wer ist denn der eigentliche Auftraggeber?« – Nun, Herr Roth, als nächsten Vorhang in der *Show* wird man sich darauf einigen, dass es irgendein ukrainisch-polnischer Oligarch mit patriotischen Gefühlen für die Westintegration Kiews gewesen sein muss, der aber nach seinem Abenteuer auf dem Grund der Ostsee abgetaucht sei. Wollen wir wetten?

Das Traurige bei der ganzen Propaganda-Sause ist, dass jeder weiß, dass die USA diesen Kriegsakt verübt haben und außer Russland, China und vielleicht noch Frankreich kein Staat der Erde die Mittel hätte, den US-Apparat für diesen Angriff auf unsere zivile Infrastruktur zur Rechenschaft zu ziehen. Ähnlich wie bei der Corona-Lüge können wir unseren »Repräsentanten« dabei zusehen, wie sie uns offen anlügen und täuschen, um ihre Karrierechancen in *Washington* abzusichern.



Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki (l.), die dänische Premierministerin Mette Frederiksen (m.) und ein weiterer Vertreter des Projektes bei der Eröffnung der neuen »Baltischen Pipeline« am 27. September 2022 bei Stettin. Trine Villumsen Berling vom dänischen Institut für internationale Forschung erklärte: »Es war immer der polnische Plan, das russische Gas zu stoppen, weil der polnische Vertrag mit [dem russischen Gaslieferanten] Gazprom zum Ende des Jahres 2022 auslief.« Foto: DW-Screenshot

OHNE ANSEHEN DER PERSON?

Über die Ungleichbehandlung vor Gericht und wie der Rufmord an Kritikern in die nächste Runde geht. | Von Gordon Pankalla, Rechtsanwalt

Das Gute zuerst: Unsere Unterlassungserklärung hatte Erfolg. Artur Helios, Der Mann mit dem Koffer, über dessen Fall ich in DW 123 berichtete, wurde zu Unrecht als »Volksverhetzer« bezeichnet. Redakteur und Verlag gaben eine entsprechende Unterlassungserklärung ab. Aber ist es nicht strafbar, jemanden wahrheitswidrig so zu titulieren?

Für den Rechtsstaat war es zumindest kein Anlass, Ermittlungen einzuleiten. Ganz anders, wenn sich Kritiker gegen im *Mainstream* günstigen Narrative wenden. In solchen Fällen werden die Betroffenen sogar von den Behörden angeschrieben und die Staatsanwaltschaft läuft Strafanträgen regelrecht hinterher. So geschah es meinem Mandanten. Nachdem Matthäus Westfal, bekannt als der »Aktivist Mann«, der ein Video über das Mitglied des Bundestages Tessa Markus Ganserer (Grüne) gemacht hatte und darin durchaus ironisch meinte, »Es fühlt sich als Frau«, wurde ein Verfahren eingeleitet. Die Pressestelle der Berliner Polizei schrieb, dass Westfal angeblich eine »homophobe Beleidigung« begangen habe. Diese Wertung, die der Polizei gar nicht zusteht, wurde sogleich von den großen Zeitungen übernommen, obwohl eine Gerichtsverhandlung noch gar nicht stattgefunden hatte. Macht nichts, die Schlagzeile hatte man schon und die juristische Bewertung spielt keine Rolle. Ein Rufmord an Kritikern Teil zwei, also.

GANZ SCHLIMME SCHIMPFWÖRTER: ER, SIE, ES

Die Tageszeitung *taz* behauptete, die Strafbarkeit begründe sich auf der Aussage: »Mann bleibt Mann und Frau bleibt Frau«. Im Strafverfahren ließ die Anklage diesen Satz jedoch unter dem Tisch fallen. Lapidar meinte die Staatsanwältin in ihrem Plädoyer: »Den Rest lassen wir nun alles mal weg.« Man hatte offenbar gemerkt, dass man sich damit vor Gericht zum Narren gemacht hätte. Was für die Verurteilung dann reichen sollte, war ein: »Es fühlt sich als Frau.«

Matthias Westfal wurde vom Berliner Amtsgericht zu stolzen 60 Tagessätzen verurteilt. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, da Berufung gegen das Urteil eingelegt wurde.

Bei ihrem Urteil unterließ es die Berliner Richterin, die rechtlichen Maßstäbe anzuwenden, die bei einer Abwägung zwischen einer angeblichen Beleidigung und der Meinungsfreiheit anzusetzen sind. So hätte insbesondere beachtet werden müssen, dass es sich um eine spontane Äußerung gehandelt hatte. Ferner müssen sich Personen, die im öffentlichem Leben stehen, mehr gefallen lassen als Privatpersonen.

OHNE POLEMIK KEINE DEMOKRATIE

Ganserer, der eben nicht als Privatperson unterwegs ist, sondern als Galionsfigur für *Gender*politik und freie Auswahl der Geschlechtlichkeit im Bundestag sitzt, muss kritisierbar bleiben. Nach eigener Aussage wechselte Ganserer zwischen den Geschlechtern. Die Frage, wie jemand bezeichnet werden möchte, steht auf einem Blatt, auf einem anderen jedoch, ob dies von den Menschen akzeptiert wird – das gehört zur Meinungsfreiheit, auch wenn dies nicht allen gefallen mag.

Westfal machte vor dem Gericht darauf aufmerksam, dass angeblich satirische Aussagen wie »Nazi Schlampe« gegenüber der AfD-Abgeordneten Alice Weidel oder »Ziegenficker« zum türkischen Staatsoberhaupt Recep Tayyip Erdogan durchgegangen waren, er aber wegen einer solchen Lappalie vor Gericht gezogen werde. Interessant wird es für uns alle noch werden, wenn nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz das Geschlecht unabhängig von der körperlichen Realität frei wählbar wird. Welche Äußerungen sollen dann alle strafbar werden?

Als Jurist halte ich es für unsinnig, wenn man eine öffentliche Akzeptanz mit Strafen und Gesetzen durchsetzen will, denn so hat man noch nie einen gesellschaftlichen Konsens geschaffen. Der Vorgang fühlt sich für mich nicht nach Demokratie und Meinungsfreiheit an.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

WIEDER DA: DIE MAJESTÄTSBELEIDIGUNG

Für Beleidigungen, üble Nachrede und Verleumdung von »Menschen, die im politischen Leben des Volkes stehen«, gibt es in Deutschland den gesonderten Paragraphen 188 im Strafgesetzbuch. Dieser wurde vom Corona-Notstandsregime im Jahr 2021 verschärft.

Mithilfe dieses Paragraphen verfolgt der Staatsapparat Oppositionelle. Parole: »Demokratie schützen«. Real: Herrschaftssicherung. Selbstverständlich stehen auch wir Demokraten, die seit dem 28. März 2020 für Grundgesetz, Aufklärung und Verfassungserneuerung auf die Straße gehen, »im politischen Leben des Volkes«.

Doch: Bei all den Beleidigungen, Verleumdungen und der üblen Nachrede, die wir Demokraten erleben mussten und die »geeignet sind, das öffentliche Wirken erheblich zu erschweren«, wie es im Paragraphen heißt, begann in keinem einzigen Fall, die Staatsanwaltschaft zu ermitteln. Für den Apparat gehören nur Parteifunktionäre und »Würdenträger« zum »politischen Leben«.

Am Rande: Mithilfe dieses Paragraphen wurden auch die Chefredakteure dieser Zeitung von der Berliner Staatsanwaltschaft und dem damaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) politisch und juristisch verfolgt, weil wir es wagten, auf Spahns umstrittenes Millionenvilla-Geschäft in Berlin-Dahlem und den zweifelhaften Charakter, Geistes- und Gesundheitszustand des Ministers hinzuweisen.

Nein: Wir wollen nicht, dass unsere Beleidiger automatisch vom Staatsapparat vor Gericht geschleppt werden, weil sie scharfe Worte wählten. Das wäre das Ende der Republik. Schaffen wir den Paragraphen für Majestätsbeleidigung, Paragraph 188, ab. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BERLIN: Donnerstag ab 13 • ZDF Hauptstadtst. • Unter den Linden 36
BREGENZ: Sonntag 10.30 • ORF Vorarlberg • Bregenzer Hafen
CHEMNITZ: Montag ab 18 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6
CUXHAVEN: Sonntag ab 15 • Cuxhaven Nachr. • Kaemmererplatz 2
DORNBIRN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf v. Bennigsen Ufer 22
IMMENSTADT: Donnerstag ab 14 • Allgäuer Zeitung • Stadtbrunnen
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KOBLENZ: Montag ab 19 • Rheinzeitung • Clemensplatz
LEIPZIG: Montag ab 19 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAINZ: Donnerstag 16.15 • ZDF Studio • ZDF-Str. 1
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
OELSNITZ: Dienstag ab 16 • Freie Presse Vogtl. • Wallstr. 1
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHÖNEBECK: Montag ab 18 • Volksstimme • Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
SCHWÄB. HALL: Montag ab 18 • Haller Tagblatt • D.Bonhoeffer-Platz
TÜBINGEN: Dienstag 17.15 • Schwäb.Tagblatt • Neckarbrücke
ÜBERLINGEN: Montag ab 18 • Südkurier • Hofstatt
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Dominikanerplatz

IMMER MONTAGS!

ALSENZ, 18 Uhr, am Martplatz – ALTENHUNDEM, 19 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – BAD BERGZABERN, 18:30 Uhr, am Schloss – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EHRENFRIEDERSDORF, 19 Uhr, am Markt – ENDINGEN AM KAISERSTUHL, 19 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FRÄNKISCH-CRUMBACH, 18 Uhr, am Rathaus – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HAUENSTEIN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – PAUNZHAUSEN, 19 Uhr, am Rathaus – Perleberg, 18 Uhr, Großer Markt – RECHBERGHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – RIPPOLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – SCHARBEUTZ, 18 Uhr, am Seebrückenplatz – SCHWARZENBEK, 17:30 Uhr, am Rathaus – TANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Rathaus – UNTERGRUPPENBACH, 18 Uhr, Rathaus.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 11.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 11.3.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str./ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 11.3.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 11.3.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 11.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 11.3.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 11.3.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 11.3.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 11.3.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 11.3.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
Sa, 11.3.2023 14-18 Uhr	Schwerin, Alter Garten	Friedensdemo
So, 12.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 12.3.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 13.3.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 13.3.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 13.3.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob- Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 13.3.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 13.3.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 13.3.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 13.3.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 13.3.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 14.3.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.3.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 14.3.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 14.3.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 14.3.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 15.3.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 15.3.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 15.3.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 15.3.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 15.3.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 15.3.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 15.3.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 15.3.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 16.3.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 16.3.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 16.3.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 16.3.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 16.3.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 16.3.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 16.3.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 16.3.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 17.3.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 18.3.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.3.2023 11-17 Uhr	Berlin, Breitscheidplatz	Tag der politischen Gefangen
Sa, 18.3.2023 14-19 Uhr	Berlin, Hermannplatz	FRIEDENSDEMO
Sa, 18.3.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 18.3.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.3.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 18.3.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 18.3.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.3.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 18.3.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 19.3.2023 15-19 Uhr	Dortmund, Hansaplatz	Demoaufzug
Mi, 22.3.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 25.3.2023 15-19 Uhr	Berlin, Rosa-Luxenburg-Platz	JUBILÄUMSDEMO
Sa, 25.3.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.4.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 1.4.2023 13-18 Uhr	Göttingen, Bahnhofsplatz	Kundgebung
Mi, 5.4.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



NACHRUF: CLEMENS G. ARVAY

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Vom Verein Polizisten für Aufklärung

»Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.« **(George Orwell)**

Am 18. Februar 2023 wählte Clemens G. Arvay den Freitod. Clemens G. Arvay wurde am 22. Juli 1980 in Graz geboren. Er war Biologe, Sachbuchautor, Musiker und Mitglied im österreichischen Forum Wissenschaft & Umwelt. Dort war er für den Bereich Biodiversität und Gesundheit zuständig. Sein Promotionsstudium am Institut für Biologie der Universität Graz konnte er nicht mehr beenden.

Clemens G. Arvay hat mit seiner ruhigen und sachlichen Art versucht, Menschen aufzuklären, ihre Gesundheit zu stärken und sie vor Schaden zu bewahren. Er verfasste mehrere Sachbücher wie *»Der Biophilia-Effekt – Heilung aus dem Wald«* (2016), *»Der Heilungscode aus der Natur – Die verborgenen Kräfte von Pflanzen und Tieren entdecken«* (2018), *»Wir können es besser – Wie Umweltzerstörung die Corona-Pandemie auslöste und warum ökologische Medizin unsere Rettung ist«* (2020), *»Corona-Impfstoffe – Rettung oder Risiko?«* (2021) und *»Die Naturgeschichte des Immunsystems«* (2022).

Leider kannte ich ihn nicht persönlich und war auch nicht in jedem Punkt seiner Meinung. Aber darum geht es auch nicht, denn wie heißt es so schön im Englischen: »We can disagree and still be friends« (dt.: »Wir können unterschiedlicher Meinung sein und trotzdem Freunde bleiben«). Ich fühlte mich ihm aufgrund seiner Bücher und Aufklärungsvideos verbunden und habe unzählige Stunden mit der Lektüre bzw. dem Anschauen dieser verbracht. Abends hörte ich gern seine Musik. Sein Tod darf politisch nicht instrumentalisiert werden. Dies hätte Clemens G. Arvay bestimmt nicht gewollt.

Ich kenne seine Beweggründe für diese letzte Entscheidung nicht. Sein Leidensdruck muss groß gewesen sein. Ein Suizid ist oft auch ein Hilferuf. Leider kommt dann jede Hilfe zu spät. Dieser Schritt ist final und unumkehrbar. Ich hoffe, dass sein Tod dazu führt, dass der ein oder andere über den Umgang mit Andersdenkenden und Menschen, die ein vorgegebenes Narrativ infrage stellen, nachdenkt – gerade auch in Bezug auf die letzten drei Jahre.

Ich habe gelernt, hart in der Sache und sanft im Umgang miteinander zu sein. Leider haben diese Diskussions- und Streitkultur anscheinend viele verloren. Clemens G. Arvay und ich werden uns irgendwann »wiedersehen«. Vielleicht kann ich mich dann persönlich bei ihm für seine Arbeit bedanken. Clemens G. Arvay hinterlässt einen Sohn.

Polizisten für Aufklärung e.V.
Dieser Kommentar wurde für den DW sinnwahrend bearbeitet und gekürzt. Auf *www.echte-polizisten.de* ist er in voller Länge abrufbar.

DREI JAHRE WIDERSTAND

Die Demokratiebewegung versammelt sich am 25. März 2023 auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin

Am 24. März 2020 rief der Deutsche Bundestag unter dem Stichwort »Epidemische Lage von nationaler Tragweite« den Notstand aus. Die Gesetze und Verordnungen, die dieses Paket beinhalteten, stellten einen Verfassungsbruch dar.

Grundrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit wurden ausgehebelt. Das Gesetz trat am 28. März 2020 in Kraft. Am selben Tag fanden auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zu Berlin die ersten Demonstrationen statt.

Aus diesen Protesten, organisiert von der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand, entstand die dezentrale Demokratiebewegung. Es war und ist die größte demokratische Erhebung der deutschen Geschichte. Jeden Tag fanden und finden Demonstrationen statt. Teilweise Millionendemonstrationen, wie am 1. und 29. August 2020, teilweise unzählbar viele Spaziergänge im ganzen Land, wie gegen den Impfzwang. Die Demokratiebewegung ist gekommen, um zu bleiben.

Am 25. März 2023 findet auf dem Rosa-Luxemburg-Platz die große Jubiläumsversammlung statt. Es wird Bilanz gezogen zu drei Jahren Coronalüge, Spritzenmord, Verarmung- und Kriegstreiberei. Und Bilanz gezogen zu drei Jahren Widerstand für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung.

Beginn ist um 15 Uhr mit einer Auftaktkundgebung mit Schulterklopfen, Siegesjubel, Reden und Grußworten von Demokraten der ersten Stunde. Im Anschluss geht es hinab zum Bundestag zur Abstimmung. Bitte bringen Sie Blumen.

Weitere Informationen können Sie dem Newsletter auf demokratischerwiderstand.de entnehmen.



JUBILÄUM: Am 25. März 2023 feiert die Demokratiebewegung auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz drei Jahre Widerstand.

»Ohne Widerstand wären wir jetzt alle zwangsgeimpft!

Anwältin Beate Bahner lässt im DW-Interview die vergangenen drei Jahre Revue passieren und wagt einen Blick in die Zukunft.

DW: Frau Bahner, Sie haben im April 2020 beim Bundesverfassungsgericht gegen die Corona-Maßnahmen geklagt, die nun durch unsere Regierung fast zur Gänze zurückgenommen wurden. Hätten wir uns den Widerstand und die Proteste sparen können?
Beate Bahner: Auf keinen Fall! Wenn wir keinen Widerstand geleistet hätten, wären wir jetzt alle zwangsgeimpft. Daran sind wir nur knapp vorbeigeschrammt! Der Staat wird in den nächsten Jahren erneut versuchen, dieselben Spielchen mit uns zu spielen – vielleicht aufgrund einer neuen Pandemie, aufgrund des Klimas oder des Krieges. Was passiert ist, war nach meiner Einschätzung nur ein Vorspiel und ein Test, um zu sehen, was der deutsche Staat mit seinen untertänigen Bürgern so alles treiben kann. Niemals war es so wichtig wie in den letzten drei Jahren, Widerstand zu leisten! Sie werden wieder attackieren. Deshalb müssen wir dranbleiben. Die Auswirkungen der Maßnahmen gelten übrigens bis heute fort – in Straf-, Bußgeld- und Disziplinarverfahren und anderen existenzbedrohlichen Maßnahmen. Wir Juristen kämpfen also ohnehin weiter.

DW: Sie sind juristische Fachfrau im Zusammenhang mit den Corona-Spritzen, wie Sie mit Ihrem Buch »Corona-Impfung: Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten« unter Beweis gestellt haben. Längst mehren sich die Berichte der Impfopfer auch in den großen Medienbetrieben. Was kommt da juristisch auf uns als Gesellschaft zu?
B.B.: Es werden sicher tausende Klageverfahren in Deutschland geführt – und jeder Fall wird anders sein. Wir dürfen keinesfalls davon ausgehen, dass bestimmte Gerichtsentscheidungen automatisch auf andere Kläger zutreffen. Gerade die Impfschadenprozesse könnten zugleich eine große politische Aufarbeitung dieser ungeheuerlichen Kampagne sein. Dabei ist noch völlig unklar, wer den Schaden zahlen wird – der Staat, die Impfärzte oder die Hersteller, die nach meiner Überzeugung in sitten- und rechtswidriger Weise von der Haftung für Impfschäden befreit wurden. Eine juristische Klärung wird vermutlich Jahre dauern. Viele Menschen haben ernste Nebenwirkungen erlitten. Aber wir müssen damit rechnen, dass uns die Regierungen, die WHO und die Medien mit neuen Krankheiten und Impfstoffen schikanieren und es erneut mit einem Impfzwang versuchen werden. Die Masern-Nachweispflicht ist ein gutes Beispiel dafür, ebenso das tägliche Werbe-Bombardement für neue Impfungen. Wir haben es hier mit reiner Profitgier zu tun. Es wird erst aufhören, wenn die Bürger klipp und klar »Nein« sagen.

DW: Es ist nicht mehr zu leugnen, dass wir, die Widerstandsbewegung, von Anfang an recht hatten: Corona war kein Killervirus, die Maßnahmen Unrecht, die »Impfung« oftmals tödlich. Welchen Preis möchten Sie als Kritikerin der ersten Stunde gerne verliehen bekommen?
B.B.: Mein Widerstand, meine Aktionen, meine juristische Tätigkeit waren nie darauf ausgerichtet, Preise oder Anerkennung zu bekommen. Es geht mir einzig und allein um die Aufarbeitung dieses so ungeheuerlichen, wahrlich biblischen Betrugs der ganzen Welt und um die Aufklärung der betroffenen Menschen. Millionen Bürger haben den Politikern, den Medien, den Ärzte und den angeblichen Wissenschaftlern geglaubt. Ihr Vertrauen wurde in nahezu krimineller Weise aufs Schändlichste missbraucht. Das ist eine sehr traurige Erkenntnis für die Betroffenen und leider für viele, die uns angefeindet und ausgegrenzt haben, die bittere Wahrheit.

DW: Die aber viele Menschen noch immer nicht sehen oder sehen wollen. Haben Sie dafür Verständnis?
B.B.: Die Aufklärung, die wir im Widerstand mit den verschiedensten Mitteln betreiben, ist enorm wichtig. Aber wir können niemals einen anderen von der Wahrheit überzeugen, vielmehr ist sie eine sehr persönliche innere Erkenntnis, oftmals sogar eine Eingebung, die sich irgendwann einstellt. Anders geht es nach meiner Überzeugung nicht. Jeder geht seinen eigenen Weg – der eine braucht mehr, der andere weniger Zeit dafür. Für Menschen, die sich noch nicht vorstellen können, dass alles nur ein gigantischer Betrug und damit vermutlich das größte Verbrechen der Menschheit war, sollten wir Verständnis und Nachsicht aufbringen und Milde walten lassen. Wer feststellt, wie böse und perfide wir hintergangen wurden, bekommt einen Schock, der zunächst mal verarbeitet werden muss. Wir Widerstandskämpfer haben das mit allen Tiefen und Schwierigkeiten schon längst hinter uns. Umso mehr können wir jetzt die »Neuen«, die täglich hinzukommen, auffangen.

DW: Was erhoffen Sie sich von der Zukunft?
B.B.: Meine größte Freude wäre es, wenn viele Menschen bereit wären, diesen schmerzlichen Prozess auf sich zu nehmen, um dann in Zukunft eine bessere Gesellschaft mitzugestalten. Denn genau das wünschen wir uns doch alle im Widerstand mehr als jede halbherzige Entschuldigung, oder?

DW: Frau Bahner, vielen Dank für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Kochen im Exil

Traurige BRD: Der Gastronom Michael Plonsky ist gegangen, doch hat er einen Tipp für die Daheimgebliebenen.

Diesmal treffe ich einen Berliner Koch in Schweden. Ich hatte eine Woche »Baby-Pause« gekommen und gerade eine Familienfreundin von meiner Frau und mir in Kopenhagen besucht.

Ein Spaziergang durch die Kunstakademie und den alten Stadtgarten Kongens Hove. Danach war ich mit dem Zug weiter über den Öresund gefahren. Touristen zückten die Spiegelreflexkameras, um das weite Wasser zu fotografieren, so, als könnte es die fast acht Kilometer lange Schrägseil-Doppelstockbrücke erklären. Sodann hatte ich namenlose schwedische Wälder durchwandert, das grünste Moos der Welt bewundert und dabei Wagner-Arien gesungen (»beglückt darf nun...«) und festgestellt: »Die schwedische Stille hält was aus!« Da kocht das Leben schon wieder! Unweit meiner urigen Herberge treffe ich auf einen Mann aus Berlin. Wir finden schnell heraus, dass wir ein paar gemeinsame Erfahrungen in der Heimat haben. Doch Michael Plonsky hat die Bundesrepublik wohl für immer verlassen.



Der Sommelier und Koch Michael Plonsky servierte in aller Welt und betrieb unter anderem den »Weinrausch« in Berlin. Nun ist er nach Skandinavien ausgewandert. Foto: DW/Lenz

DW: Herr Plonsky, Sie haben sich für eine große Veränderung entschieden. Warum?
Michael Plonsky: Ich will es zunächst einmal so sagen: Ich kann hier in Schweden sehr viel mit regionalen Produkten bewegen. Mit Pilzen und Wild, mit Fischen aus den Gewässern dieses Landes – und den reichlich vorhandenen Flusskrebsen. Ich bin Gastronom, war in den letzten Jahren in Berlin. Ich bin gebürtiger Berliner, habe dort auch das Handwerk des Kochens erlernt. Zuvor war ich jahrelang auf Usedom, davor in aller Welt. Ich hatte auch sehr viele Auszubildende. Nicht nur für die Küche, sondern auch Restaurantfachleute.

DW: Sie sagen, Sie haben schon in der halben Welt gekocht. Wo?
M.P.: Ich habe lange in den Vereinigten Staaten, speziell in New York gearbeitet. In der Türkei, in Istanbul. Ich war in Mexiko beschäftigt, in Mexiko-Stadt auch in mehreren Küchen, das war schon ziemlich spannend. Dann Indonesien, das ist auch eine Küche, die vergleichsweise simpel ist, aber hocharomatisch, weil sie tolle Gewürze benutzen. Ich mag das.

DW: Sie waren mit der Situation in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht zufrieden?
M.P.: Nein. Vor allem mit der politischen Wirklichkeit nicht. Wie man etwa die Gastronomie und die Hotellerie gefesselt hat! Die Subventionen während der *Lockdowns* haben eigentlich nur denen geholfen, die ein Steuerbüro haben. Wer das nicht hatte, ist hinten runtergekippt. Und ich habe gesagt: »Nein, ich möchte das nicht mehr mitmachen.« Für mich war Berlin auch keine Herausforderung mehr. Die Lebensfreude und die Lebensqualität sind ja weg. Ich wollte nicht mehr in Deutschland bleiben und habe mich aus mehreren Angeboten und Möglichkeiten dann für Schweden entschieden. Jetzt bin ich Widerstandskoch im Exil.

DW: Haben Sie ein Rezept für uns, quasi das Demokratischer-Widerstands-Rezept für zuhause, für den Widerstand in Deutschland?
M.P.: Ich mache es mal ganz einfach, falls der Kühlschrank in Deutschland mal leer ist. Ein bisschen Chili hat man noch, ein bisschen Knoblauch liegt auch noch herum. Olivenöl sollte man immer ausreichend zuhause haben und Nudeln in der Vorratskammer. Nehmen wir nur mal eine Spaghetti al oglio, relativ simpel. Aber wenn man das gut macht, ist das ein tolles Gericht. Im Prinzip ist das nichts, als Chili kleinzuschneiden, Knoblauch zerkleinern, das Ganze leicht in Öl anrösten. Wenn man etwas Weißwein hat, nimmt man den hinzu und lässt das kurz aufkochen. Dann packt man seine Nudeln hinein, schwenkt das ab, gibt ein bisschen Parmesan darauf, wenn man welchen hat. Und dann ist das fertig! Es ist eine meiner Lieblingsspeisen und so hocharomatisch. Und die einfachen Dinge machen das Leben oft ziemlich schön!

DW: Herr Plonsky, das nehme ich mit zurück in die BRD. Wir danken Ihnen für das Gespräch!

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



BESTANDSAUFNAHME

DIE JOURNALISTEN UND MEDIENENTWICKLER KAYVANSOUFI-SIAVASH (KENFM, APOLUT.NET) UND ANSELM LENZ (DW-ZEITUNG, DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE) IN DER BESTANDSAUFNAHME.

- RÜCKBLICK WAGENKNECHT-SCHWARZER-DEMO
- WOHIN MIT EURASIEN?
- WIE GEHT ES WEITER MIT DEUTSCHLAND?

K.S.S.: Über 600.000 haben das Manifest für den Frieden unterschrieben. Ich fand erstmal interessant, dass die *Mainstream*-Presse nach der Demo am 25. Februar schrieb, »da waren nur 13.000«. Die sahen aber nach ziemlich vielen aus für nur 13.000. Also, ich denke mal wieder, das werden ja auch die Demonstranten vor Ort lesen und können dann auch mal erfahren, wie mit Zahlenkorrekturen Politik gemacht wird. Und wie die das Ereignis dann im Nachhinein einordnen. Denn da waren ja sehr viele kluge Menschen. Die üblichen Verdächtigen haben auch hier wieder gesagt: »Eine Ansammlung vonr rechtsradikalen Putin-Verstehern!« Aber allen ist klar, dass das vollkommener Schwachsinn ist.

Und dann fiel das Wort »Friedensschwurbler«. Und dazu hat Alice Schwarzer einen Super-Satz gesagt: Sie hätte nie gedacht, dass ihr das Wort Pazifismus jemals als Schimpfwort von links an den Kopf geworfen werden würde. Ich hoffe jedenfalls, die Demonstration bestand nicht aus Leuten, die nur ihre Ikonen beklatschen und dann erwarten, dass diese Ikonen die Welt ändern oder dann eine Partei gründen, die sie dann wählen können und aber selber passiv bleiben. Was ich auch etwas befremdlich fand, war, dass Sahra Wagenknecht sagte, das sei jetzt der Beginn einer neuen Friedensbewegung. Da dachte ich mir, »echt jetzt?« Denn die war doch jetzt die vergangenen zwei, drei Jahren auf der Straße ...

A.L.: Du sagst es! Ich war überrascht darüber, wie Alice Schwarzer ein paar in das Manifest für den Frieden eingebaute Handbremsen live auf der Bühne wieder gelöst hat. Sie hat einen in die Gegenwart geholten massiven Gegensatz von politisch links und politisch rechts übersprungen – und aufgehoben. Das kann sie als Herausgeberin des Magazins Emma auch machen. Und als jemand, der im Grunde sein ganzes Lebenswerk linken oder progressiven Vorhaben gewidmet hat. Damit hat sie den zu dieser Demonstration endlich hinzugekommenen – wenn auch etwas mürrisch dreinblickenden – DKPlern, Leuten von der Linkspartei, DGB-Gewerkschaftsfunktionären und der SPD-Basis endlich mal gezeigt, wo es langgeht. Schwarzer hat damit klargemacht, was es heißt, zusammen mit der Arbeiterklasse und kleinem Mittelstand einzustehen. Die Klasse stand nämlich wirklich da, wie seit März 2020. Bei DKP, Linkspartei und früheren Grünen-Wählern scheint man sich jetzt also endlich ein Herz gefasst zu haben.

Neben der Nato als expandierender Kriegsorganisation wurden auf der Bühne auch nicht die Corona-Lüge und der Spritzengenozid erwähnt. Daran will man sich weiterhin nicht offensiv herantrauen. Das waren ja die – sozusagen – offiziell verbotenen Themen. Beim Krieg war ja durchgeklungen, naja, ein Bißchen Kritik darf man daran vielleicht anmelden. Und nun ist wiederum eine Repräsentationslücke entstanden, nachdem das Corona-Regime jäh abgebrochen wurde. Denn beides zusammen traute man sich dann doch nicht zu, durchzudrücken.

Mehr Bestandsaufnahme über *Apolut.net* sowie *DemokratischerWiderstand.de/Presseklub*

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

BRIEF AN DEN BUNDESKANZLER:
WARUM TUN SIE, WAS DIE USA VERLANGEN?

Liebe DW-Mitarbeiter, nachfolgend mein Brief an den Bundeskanzler. Beamte werden ihn lesen müssen. Ich hoffe, dass Tausende Briefe eingehen. Vielleicht kann man daraus eine Briefaktion machen?

An den Herrn Bundeskanzler, erst die gelogene Seuche mit der mörderischen Injektion und jetzt der Kriegseintritt gegen Russland – ich bin immer mehr entsetzt. Ich habe mir wiederholt angesehen, wie US-Präsident Biden Schulter an Schulter mit Ihnen das Ende von *Nord Stream* ankündigte. Ihre Antwort: dauerhafte Treue! Nun kommen aus den USA maßgebliche Stimmen, die die Täterschaft der USA anzeigen. Wie beschämend für Ihre Regierung, wie beschämend für uns alle. Deutschland wieder einmal im blinden Gehorsam und in dummer Vasallentreue – ohne Recht auf eigene Existenz. Andere Länder haben ihre Zusagen für Panzerlieferungen zurückgenommen. Was täte der tiefe US-Staat Ihnen an, was hätte er noch gegen Deutschland auf Lager, wenn wir uns auch weigern würden? Warum wollen Sie Panzer in einen Krieg gegen Russland liefern? Nur weil die USA das verlangen? Sie erlauben Ihren Ministern (Lauterbach, Baerbock) »private« Kriegserklärungen abzugeben? Als Soldat habe ich gelernt: Offene Uniformknöpfe in der Öffentlichkeit schaden dem Ansehen der BRD. Die Bundesregierung steht nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Einige Minister brachen mehrfach ihren Amtseid, zum Beispiel Habeck, der die BRD abschaffen will. Diese Mitglieder Ihres Kabinetts haben sich selbst delegitimiert. Wollen Sie es wirklich zulassen, dass wir immer tiefer in einen schlimmen Krieg hineinmanövriert werden? Russland hat uns die Wiedervereinigung geschenkt, der Westen gegen jede Vereinbarung die Nato Stück für Stück, Land für Land, bis in die Ukraine hinein ausgedehnt.
– Reinhard S.

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

ENDLICH WIEDER BLOCKKONFRONTATION!

Unsere kalten Krieger jubeln: Der Feind zurück. Und weil ein konkurrierendes Gesellschaftsmodell fehlt, kann man auf gutes Leben für die Bürger verzichten. | Von Hendrik Sodenkamp

Die Fronten verhärten sich zusehends. Nachdem die Regierung der Volksrepublik China einen Friedensplan für den Ukrainekrieg vorgelegt hatte, brachten sich hochrangige Regierungsvertreter in Stellung.

»Wenn die USA nicht auf die Bremse treten, sondern weiter auf dem falschen Weg fahren, kann keine noch so große Leitplanke das Entgleisen verhindern«, so Chinas Außenminister Qin Gang auf einer Pressekonferenz am Dienstag, »die Wahrnehmung und die Ansichten der Vereinigten Staaten von China sind ernsthaft verzerrt. Sie betrachten uns als ihren Hauptrivalen und als die größte geopolitische Herausforderung.« Auch Staatschef Xi Jingping äußerte sich offensiv: »Die westlichen Länder, angeführt von den USA, verfolgen eine umfassende Eindämmung, Einkreisung und Unterdrückung Chinas.«

Medienbetriebe aus Russland jubelten, dass China nun seine Rolle als geopolitische Supermacht endlich angenommen hätte. Für Russland bietet das enge Bündnis mit China die Möglichkeit seine Wirtschaft aufrecht zu erhalten und den Krieg fortzusetzen. Die Volksrepublik schließt die ökonomischen Lücken, die der Wirtschaftskrieg der Nato-Staaten in Russland geschlagen haben. China kauft russische Rohstoffe und verkauft dorthin *Know-How,* Maschinen und Fertigprodukte.

ABSCHIED VOM WOHLSTAND FÜR ALLE

In einem Beitrag der »Tagesschau« mutmaßten die anscheinend sehr begabten Journalisten, dass sich China wohl deshalb nicht an einem Krieg gegen Russland beteiligen würde, da dies schwere wirtschaftliche Schäden bedeuten würde. Die Regierung Chinas baue ihre Legitimität darauf auf, dass es der Bevölkerung materiell besser gehe. »Wenn sie das nicht schafft, und die Wirtschaft lahmt, hat die Regierung ein Legitimationsproblem.« Solche Sorgen hat die Bundesregierung anscheinend nicht mehr. Hier verkündete die Annalena Bärbock, dass man bereit sei, »einen hohen wirtschaftlichen Preis« für die USA zu zahlen, »egal, was meine deutschen Wähler davon halten«. Die Ampelregierung hat sich endgültig von der sozialen Marktwirtschaft und ihrem Versprechen »Wohlstand für alle« verabschiedet und vollends auf Kriegswirtschaft umgestellt – mit all seinen Konsequenzen.

Russland war bis 2022 der wichtigste Rohstofflieferant Deutschlands, bis sich die Ampelregierung von US-amerikanischem *Fracking*-Gas abhängig machte und die US-Regierung die Nord-Stream-*Pipelines* in der Ostsee sprengen ließ. China hingegen ist seit Jahren Deutschlands wichtigster Handelspartner. Im Jahr 2022 wurden laut Statistischen Bundesamt Waren im Wert von 297,9 Milliarden Euro zwischen Deutschland und der Volksrepublik China gehandelt. Das beinhaltet Exporte und Importe. Erst danach kommen die USA und Länder wie die Niederlande oder Frankreich.

SPRENGEN BEI »FREUNDEN«, DAS GEHT SEHR WOHL!

Zwar reiste Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor einigen Wochen nach China, doch dies konnte nur unter lautstarken Protest der transatlantischen Medienkonzerne geschehen. Ganz anders als seine Reise nach Washington in dieser Woche. Dort wurde der unter Korruptionsverdacht stehende Scholz recht kühl empfangen, obwohl er öffentlich kein Wort zur Sprengung der *Pipeline* durch die US-Freunde verlor.

Wenige Tage später wurde von regierungsnahen deutschen Sendern die Nachricht verkündet, dass nicht die USA, sondern ukrainische Nationalisten hinter dem Anschlag stecken würden (Seite 5). Auch dies erstaunte: Obwohl die Zerstörung der »kritischen Infrastruktur« Nordstream auf den amerikanischen Freund zurückging, wurde in Berlin beschlossen, dass keine Teile der chinesischen Firma *Huawei* mehr in den 5G-Handymasten mehr verbaut werden dürfen (Seite 10).

»Angesichts der veränderten Sicherheitslage können wir keine *Hardware* von nicht vollkommen vertrauenswürdigen Herstellern in den Kernnetzen dulden«, so der digitalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag Jens Zimmermann. Norbert Röttgen (CDU) erklärte: »Huawei und andere Anbieter, die dem Einfluss der chinesischen Regierung unterliegen, sind ein Sicherheitsrisiko in unseren Netzen.«
Es sind wohl »befreundete« US-Firmen, die diese Lücken schließen werden. Denn »Abhören unter Freunden«, das geht schon, ebenso die Sprengung von befreundeten Heizleitungen.

Die entweder wahnsinnige, bestochene, erpresste oder körperlich bedrohte Bundesregierung kann sich auf die Rückendeckung von installierten EU-Apparatschiks verlassen. Laut dem politischen Kommissar für Industrie in der EU, Thierry Breton, sollen die europäischen Rüstungsunternehmen schnell in den »Modus der Kriegswirtschaft« wechseln. Das Hochfahren der Produktionskapazitäten sei laut Breton Grundvoraussetzung für den »Erfolg« der sogenannten Hilfe »für die Ukraine«, wie es immer heißt.

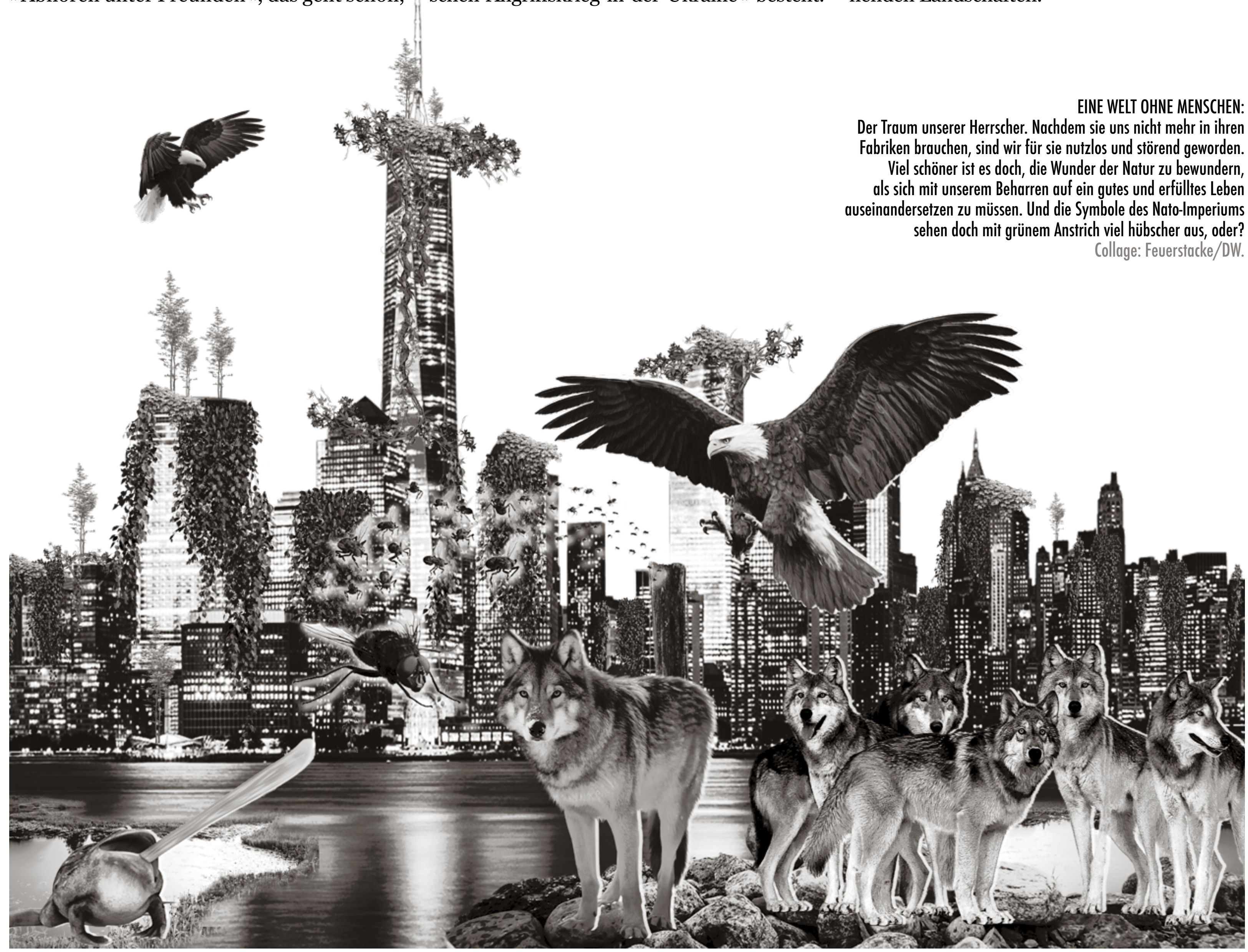
Dem will die unter Rekordgewinnen nicht gerade leidende Rüstungsindustrie nachkommen. Der Konzern *Rheinmetall*, bekannt für seine Aufstandsbekämpfungswaffen, gab sogleich bekannt, dass er gerne Waffenfabriken direkt in der Ukraine bauen will. Dies würde Transportketten optimieren und außerdem wäre dies ein Beitrag zur CO2-Einsparung. Luftabwehr sei kein Problem, da man diese gleich selbst produzieren werde. Ob man diese Abwanderung von Industrie ins Ausland von Seiten der Bundesregierung möchte, ist noch unklar.

DER GANZ NORMALE SELBSTVERSORGER-WAHNSINN

Dass die Deindustrialisierung Deutschlands keine Floskel sei, machte der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Professor Clemens Fuest, klar, und dass dieses Problem nicht erst seit Corona und »dem brutalen russischen Angriffskrieg in der Ukraine« besteht. Seit 2013 habe sich die Industrie hierzulande schlechter entwickelt als im europäischen Durchschnitt. Nun sei noch die Schwierigkeit hinzu gekommen, die Gaslieferungen aus Russland zu ersetzen und dabei aus Kohle und der Atomkraft auszusteigen. Aber er bleibt optimistisch. Es müssten jetzt einfach die Stromtrassen für die Windenergie, gegen die Bürger protestierten, knallhart durchgezogen werden. »Ja, ich sage, wir brauchen diese Monstertrassen, sonst werden wir abgehängt in der wirtschaftlichen Entwicklung.«

Das ist also der Geist des deutschen Führungspersonals. Es braucht Monstertrassen, Monsterviren, und Monster-Hitler-Putins, um die eigenen Pfründe abzusichern. Wie sich das Leben von Mittelstand, Angestellten, Arbeitern und Arbeitslosen gestaltet, ist egal. Der Umbau wird von oben herab durchgezogen. Es wird einfach hässlicher, blutiger und öder.

Nun gaben nach *Galeria Kaufhof* auch die Einkaufsketten *Peek & Cloppenburg* und die *TK-Gruppe* bekannt, dass sie insolvent seien. Die neuen Gesetzmäßigkeiten des Coronaregimes hätten sie zu Fall gebracht, so Firmensprecher. Das Einkaufen in der Innenstadt ist einfach nicht mehr angesagt, stattdessen soll man sich die Kleidung einfach nach Hause liefern lassen. Das wäre sowieso praktischer und bequemer – zur Nachverfolgung und Überwachung durch den Staat und die Konzerne. Schließlich darf man den neuen Feind China nicht komplett verdammen, sondern muss das von ihm übernehmen, was augenscheinlich bestens funktioniert. Willkommen in glühenden Landschaften.



EINE WELT OHNE MENSCHEN: Der Traum unserer Herrscher. Nachdem sie uns nicht mehr in ihren Fabriken brauchen, sind wir für sie nutzlos und störend geworden. Viel schöner ist es doch, die Wunder der Natur zu bewundern, als sich mit unserem Beharren auf ein gutes und erfülltes Leben auseinandersetzen zu müssen. Und die Symbole des Nato-Imperiums sehen doch mit grünem Anstrich viel hübscher aus, oder? Collage: Feuerstacke/DW.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

SCHWEIGEN – WEIL ES VIELE GEWINNER GIBT

Die beste Regierung aller Zeiten verkündet, dass künstliche Intelligenz, die Digitalisierung der Wirtschaft, neue Geschäftsmodelle sowie anstehende Transformationen unserem Land und natürlich Europa auf Jahrzehnte Wachstum und Wohlstand bringen werden. Herr Habeck spricht von einem gigantischen Industrie- und Beschäftigungsprogramm. Es gehe laut ihm, Scholz und Lindner um vier bis fünf Windräder und 40 Fußballfelder voller Solaranlagen – pro Tag! Die betreffenden Branchen reiben sich bereits die Hände.

Aber es gibt auch noch ein paar andere Fakten: Zum Beispiel, dass dieselbe Regierung 100 Milliarden Sondervermögen für Rüstungsausgaben zur Verfügung stellen wird. Oder dass sich der Aktienwert von *Rheinmetall* seit Kriegsbeginn verdoppelt hat. Oder dass das Rüstungssegment in 2022 satte 20 Prozent höhere Gewinne eingefahren hat. Oder dass die Regierung zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in den nächsten Jahren in die Verteidigung – besser gesagt: in den Krieg – stekken will. Nicht zu vergessen die rund 800 Prozent mehr *Cyber*attacken – natürlich von Russland ausgehend. Die Sicherheitsbranche freut sich also auch.

Es gibt einfach zu viele Gewinner – vielleicht ist dieser Fakt für das mehrheitliche Schweigen im Mittelstand verantwortlich. Denn die Realität sieht doch ganz anders aus: Keine Waffe hat jemals zu Frieden geführt. Die deutsche Wirtschaft leidet massiv unter den eigenen Sanktionen. Und die Aussichten für 2023 sind mies, ganz mies sogar. Die zahlreichen Prognosen unserer Wirtschaftsverbände sprechen eine klare Sprache. Das Wort »Angriff« wird nur im Zusammenhang mit Russland verwendet, bei anderen Ländern, die das westliche Bündnis angegriffen hat, spricht man von »Verteidigung«. Fragt sich bloß, was da verteidigt wurde?

Umso besser, dass es doch noch Unternehmer gibt, die sich zu neuen Verbänden organisieren oder schon verbündet haben. Unternehmer, die wirklich aktiv zur Veränderung bereit sind. Ihnen gelten der Dank und auch die Anerkennung in diesen schwierigen Zeiten.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

WANN HEIẞT ES ABFLUG FÜR EMMANUEL MACRON?

Franzosen setzen zum Sturz des Regimes an. | Hendrik Sodenkamp



Rund 3,5 Millionen Menschen sind am 7. März 2023 in Frankreich auf der Straße. Hier in Marseille waren es 350.000. Foto: Videostill

Werden sie den Anfang machen? Seit 250 Jahren haben unsere westlichen Nachbarn eine ganz besondere Fähigkeit: Die Regierung stürzen und sich eine neue Republik geben. Seit rund zehn Jahren brodelt es erneut gewaltig. Fast jährlich werden neue Bürgerbewegungen gegründet, die jedes mal qualitativ und quantitativ anwachsen: Nuit debout, die Gelbwesten, die Demokratiebewegung gegen das Coronaregime und nun die Proteste gegen die Rentenreform.

Seit Monaten gehen die Franzosen auf die Straße (DW berichtete). Anlass ist die geplante Rentenreform des gehassten Präsidenten Emmanuel Macron. Atomkraftwerke werden blockiert, Raffinerien stillgelegt, Lehrer streiken, ebenso die Müllabfuhr und LKW-Fahrer. Ein Generalstreik, begleitet von Millionendemonstrationen und Spaziergängen in den Städten und Dörfern. Wo bleibt der tägliche »Brennpunkt« nach der »Tagesschau«?

THE REVOLUTION WILL NOT BE TELEVISED

Es ist ein Volksaufstand, der sich nicht allein mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters erklären lässt. Unsere Nachbarn haben schlicht keine Lust mehr, von einer kleinen Führungsclique beherrscht zu werden, die sie, das Volk, verachtet und ihnen immer schlechtere Lebensbedingungen aufbürdet. Kein Regierungswechsel wird das ändern. Sondern nur eine Verfassungserneuerung, eine Änderung der Wirtschaftsweise und der Austritt aus dem Nato-Regime der USA, die die Europäer in ihren Abgrund reißen wollen. Dass nun die Gewerkschaften eine tragende Rolle in den Protesten spielen, ändert am revolutionären Unterstrom überhaupt nichts. Die Franzosen haben die Faxen dikke und kein Gewerkschaftsfunktionär wird sie beruhigen können.

Für die Deutschen gibt das Anlass zur Hoffnung, ist doch Macron wie das gesamte Polit-*Establishment* unseres Nachbarlandes scham- und hemmungslos in die den globalen Herrschaftsapparat verstrickt. Ein Sturz des Regimes dort würde auch Deutschland ein historisches Zeitfenster für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung darstellen. 1848 kann vollendet werden.



Leben statt Museum: Friedliche Demonstranten am 8. März 2023 im Nationalheiligtum Louvre. Foto: Videostill/Ruptly

KONTO GEKÜNDIGT WEGEN LITERAUR!

Nur wenige Wochen nachdem der Verlag dieser Zeitung DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST in deutscher Originalübersetzung herausgab, kündigte die in Paris sitzende Qonto-Bank unser Konto. Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus • IBAN: BE69 9675 5966 2478

MELDUNG

DIGITALER EURO: GEFAHR FÜR KLEINE BANKEN

Frankfurt am Main/DW. Einem Bericht des *Handelsblatt* zufolge könnte die Einführung eines digitalen Euros viele kleinere Institute in Bedrängnis bringen, sollten zu viele Kunden die neue Währung nutzen. Der *Bundesverband deutscher Volks- und Raiffeisenbanken* führte eine Studie unter 714 deutschen Genossenschaftsbanken durch und kam zu dem Ergebnis, dass bei einer Obergrenze von 3.000 Euro nur 56 der Institute noch die gesetzlich vorgeschriebenen Liquiditätspuffer vorhalten können. Die Folgen wären »verheerend«. So müssten sich die Institute entweder Liquidität zu ungünstigeren Konditionen beschaffen oder die Kreditvergabe einschränken, was Konsequenzen für die Wirtschaft und insbesondere für kleinere Firmen hätte. (kmü)

KRITISCHE 5G-INFRASTRUKTUR: REGIERUNG PLANT VERBOT VON HUAWEI UND ZTE

Berlin/Hamburg/DW. Der Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China geht in die nächste Runde. Bestimmte Steuerelemente der chinesischen Hersteller *Huawei* und *ZTE* sollen aus deutschen 5G-Netzen verbannt werden. Der Grund: Spionageabwehr! Die kritische Infrastruktur solle geschützt werden. Das Verbot betreffe auch Bauteile, die bereits verbaut worden sind, was die Mobilfunkbetreiber, zum Beispiel die *Deutsche Telekom*, zu kostspieligen Umrüstungen zwingen würde. Die Bestrebungen der Bundesregierung dürfte erhebliche Konsequenzen haben, insbesondere für das Verhältnis zu Peking. Jüngst schlugen laut *Bild* US-Sicherheitsbehörden Alarm, weil Containerbrücken aus chinesischer Produktion, etwa im Hamburger Hafen, sensible Daten sammeln könnten, u. a. über Militärgüter, wie das *Wall Street Journal* berichtet. Die Kräne des chinesischen Staatsunternehmens *ZPMC* seien, so US-Sicherheitskreise, mit Sensoren ausgestattet, die Daten der Container auslesen können und werden bereits als »trojanische Pferde« bezeichnet. (kmü)

HANDELSKAMMER-CHEF RECHNET MIT AMPEL-REGIERUNG AB

Berlin/DW. Peter Adrian, Präsident der *Deutschen Industrie- und Handelskammer* (*DIHK*) rechnet knallhart mit der Ampel-Regierung ab und wirft ihr »Planwirtschaft« vor. Das berichtet *Bild* unter Berufung auf ein Schreiben Adrians an die Chefs der IHK und AHK. Darin fordert Adrian ein »verlässliche Zukunftsperspektive« für die Unternehmen »und das Vertrauen, die großen Herausforderungen mit und nicht auf dem Rücken der Wirtschaft anzugehen«. Adrian kritisiert, dass die Bundesregierung immer neue Vorschriften erlasse, die wie neue Hürden wirken. »Die Transformation wird auf diesem Weg nicht beschleunigt, sondern enorm gebremst, bisweilen sogar in die falsche Richtung«, heißt es in dem Schreiben weiter. Die Politik »verheddere sich selbst im Gestrüpp der eigenen Regelungen«. Zuletzt hatte Wirtschaftsminister Habeck Öl- und Gas-Heizungen den Kampf angesagt. Adrians Fazit: »Das grenzt an Planwirtschaft ohne Plan.« (kmü)

USA ERHÖHEN TRUPPENPRÄSENZ IN TAIWAN

Die USA und China stacheln sich gegenseitig an. Ein gefährlicher Krisenherd. | BERICHT von Felix Feistel

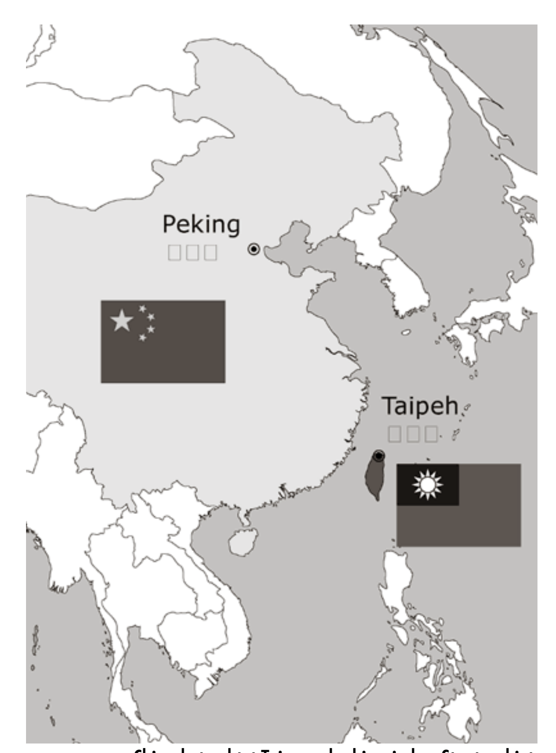
Wie das *Wall Street Journal* berichtet, planen die USA 100 bis 200 Soldaten nach Taiwan zu entsenden und damit ihr Kontingent auf der Insel zu vervierfachen. Ziel sei es, die taiwanische Armee gegen eine »wachsende Bedrohung Chinas« zu trainieren.

Zudem befänden sich taiwanische Soldaten zu Trainingszwecken in den USA. Das ausgeweitete Training sei schon seit Monaten geplant worden, hieß es aus Kreisen des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums. Die bis zu 200 Soldaten spielen militärisch keine große Rolle, allerdings verfolgen die USA eine Strategie der schrittweisen Aufrüstung, die sie schon in der Ukraine angewandt haben. So könnten aus den 200 Soldaten schnell 2.000 oder 20.000 werden, bis schließlich die amerikanische Marine samt Atomwaffen in Taiwan stationiert sein könnten, sollte China nicht rechtzeitig einlenken.

TAIWAN IST FÜR CHINA EINE »ROTE LINIE«

Dass China sich das gefallen lassen wird, ist mehr als zweifelhaft. Einerseits hat die chinesische Regierung das Beispiel der Ukraine vor Augen. Andererseits kritisierte Peking unlängst den Imperialismus der USA lautstark in den eigenen Staatsmedien – ein Novum in diesem ansonsten so zurückhaltenden Land. Die USA erkennen Taiwan als von China unabhängiges Land an, wohingegen China die Insel als chinesisches Staatsgebiet betrachtet.

Der chinesische Außenminister Qin Gang bezeichnete Taiwan jüngst als »rote Linie« und erklärte unmissverständlich, dass sich die USA nicht weiter »in die inneren Angelegenheiten« Chinas einmischen dürfen.



China betrachtet Taiwan als chinesisches Staatsgebiet.
Foto: Wikipedia

Moldawien – der nächste Kriegsschauplatz?

Eigentlich galt der Transnistrien-Konflikt als »eingefroren«, doch nun wachsen die Spannungen und es könnte schnell heiß werden um die von Moldawien abtrünnige Republik. | BERICHT von Felix Feistel

In jüngster Zeit wurde mehrfach berichtet, dass die Ukraine Teile ihres Militärs an der Grenze zu der von Moldawien abtrünnigen Republik Transnistrien zusammenzieht. Demzufolge gibt es an der Grenze Aufklärungsaktivitäten und Befestigungsarbeiten. Kiew bestätigte die Berichte.

Schon seit gut einem Jahr befestigt die Ukraine ihre Grenze zu der Nachbarprovinz, wie der Sprecher des ukrainischen Grenzdienstes Andrei Demtschenko erklärte. »Unsere Kräfte sind entlang der gesamten Grenze [von Transnistrien] konzentriert« sagte Natalja Gumenjuk, Sprecherin der südlichen Gruppierung der ukrainischen Streitkräfte. Dabei ginge es darum, auf eine hypothetische russische Bedrohung reagieren zu können. Transnistrien, das sich noch vor der Auflösung der Sowjetunion aufgrund der Befürchtungen einer Vereinigung mit Rumänien von Moldawien abgespalten hat, gilt als pro-russisch. Schon mehrfach versuchte die Provinz, der russischen Föderation beizutreten, die dies aber stets abgewiesen hat. Dennoch sind seit dem Krieg Moldawiens gegen Transnistrien bis zu 1.500 russische Soldaten in Transnistrien stationiert und wachen über die Grenze zwischen der Republik und Moldawien.

Der russische Militäranalyst Boris Roschin veröffentlichte einen Bericht, in dem er zusammenfasst, dass sich an der Grenze zu Transnistrien ukrainische Verbände zusammengezogen hätten, die Zeltlager einrichteten. Zudem sei ein Bataillon gepanzerter Fahrzeuge 40 Kilometer von Kolbasna entfernt stationiert worden. In Kolbasna liegt das größte Munitionsdepots Europas, das noch aus Zeiten der Sowjetunion stammt und den russischen Streitkräften gehört. Nördlich von Kolbasna seien zudem nachrichtendienstliche Söldner, meist aus englischsprachigen Ländern, aktiv. Für einen Angriff Russlands auf die Ukraine reicht dieses Kontingent selbst dann nicht aus, wenn man die 10.000 bis 20.000 transnistrischen Soldaten hinzurechnet. Bei der Aufrüstung entlang der Grenze geht es also nicht um eine Verteidigung der Ukraine. Der ehemalige Berater des ukrainischen Präsidenten, Alexei Arestowitsch, hatte dies auch deutlich gemacht, indem er erklärte, dass man Transnistrien in ein bis drei Tagen vollständig besetzen könne.

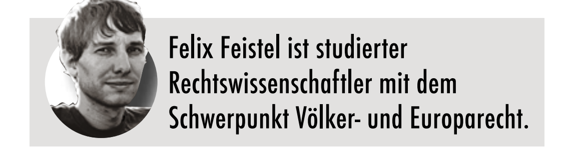
WIRD RUMÄNIEN IN DEN KONFLIKT MIT HINEINGEZOGEN?

Die Aufstockung der militärischen Kapazitäten an der Grenze ist Moskau nicht entgangen. Schon Ende Februar hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass es Anzeichen für eine ukrainische Provokation in Transnistrien sehe. Dabei warnte es die NATO und die USA vor militärischen Abenteuern in der Region. Im Falle eines Angriffs würden die russischen Streitkräfte angemessen reagieren und ihre Landsleute, das Friedenskontingent und die Militärdepots schützen. Fast die Hälfte der moldawischen Bevölkerung ist russisch, der Rest zu einem großen Teil russischsprachig-ukrainisch. Im Falle eines Angriffs des Westens und der Ukraine auf die Region wäre Russland also gezwungen, einzugreifen.

Aufgrund der Lage Transnistriens, das zwischen Moldawien und der Ukraine eingeklemmt liegt und keinen Zugang zum Schwarzen Meer hat, wäre ein solcher Eingriff kompliziert. Russland wäre gezwungen, einen raschen Vorstoß in der Südukraine in Richtung Transnistrien zu unternehmen, wobei neben Odessa auch Cherson erobert werden müsste. Von dort hatte sich die russische Armee erst im vergangenen Herbst zurückziehen müssen. Es wird zudem gemutmaßt, dass der Angriff der Ukraine unter falscher Flagge beginnen könnte, indem eine Provokation seitens Transnistriens simuliert wird. Die Gefahr eines solchen Manövers besteht darin, dass das Nato-Mitglied Rumänien sehr schnell mit in die Auseinandersetzung gezogen werden könnte. Rumänien wird verdächtigt, Ansprüche auf das Gebiet Moldawiens zu erheben, wobei die moldawische Präsidentin Maia Sandu beschuldigt wird, in dieser Hinsicht insgeheim mit Bukarest zusammenzuarbeiten. Neben dem Militäranalysten Roschin sieht auch der ehemalige Sondergesandte des russischen Präsidenten für Transnistrien, Dmitri Rogosin, die Gefahr einer Provokation der Ukraine in Transnistrien. Er fügte jedoch hinzu, dass in einem solchen Fall die Ukraine zugleich einen Angriff auf Moldawien verüben würde, das Transnistrien noch als eigenes Territorium betrachtet. Wie die moldawische Regierung dazu steht, ist noch unklar. Seit der Machtübernahme von Präsidentin Maia Sandu verfolgt sie einen stramm pro-westlichen Kurs und hofft auf einen künftigen Beitritt zur Nato, was jedoch einen Verstoß gegen die in der Verfassung des Landes verankerten Neutralität darstellen würde. Moldawische Medien sind finanziell von westlichen NGOs abhängig und verfolgen einen antirussischen Kurs. Zudem häufen sich in letzter Zeit Stimmen moldawischer Offizieller, dass Transnistrien »entmilitarisiert« werden müsse, was bedeutet, die russischen Soldaten hinauszuwerfen. Deren Verbleib ist allerdings völkerrechtskonform, weshalb dieses Ziel nur mittels militärischer Gewalt erreicht werden könnte.

TROTZ NEUTRALITÄT: MOLDAWIEN HOFFT AUF NATO-BEITRITT

Andererseits gibt es auch starken Gegenwind gegen den pro-westlichen Kurs aus der Bevölkerung. Seit Monaten wird Moldawien von Protesten erschüttert. Diese führten dazu, dass im Februar dieses Jahres die Regierung unter Chefin Natalia Gavrilița ihren Rücktritt erklärte. 52 bis 56 Prozent der Bevölkerung des Landes sind gegen einen Beitritt zur Nato und gegen die Westintegration, die Sandu anstrebt. Allerdings zwingt die Regierung die Medien dazu, antirussische Propaganda zu verbreiten. Regierungskritische Sender wurden im Zuge der Proteste verboten, ebenso wie Oppositionsparteien. Damit geht Moldawien denselben Weg wie die Ukraine seit 2014 und könnte somit das nächste Schlachtfeld in Europa werden.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

GROSSBRITANNIEN PLANT KONSEQUENTES VORGEHEN GEGEN ILLEGALE EINWANDERER

London/DW. Die britische Regierung will radikal gegen Bootsflüchtlinge vorgehen und diese mit einem neuen Asylgesetz stoppen. Allein 2022 gelangten mehr als 45.000 Menschen auf diesem Weg ins Vereinigte Königreich. Nun soll das neue Gesetz, das in der kommenden Woche im Parlament behandelt werden soll, das Innenministerium dazu verpflichten, illegale Einwanderer 28 Tage in Internierungslagern festzuhalten. Danach müssen sie zurück in ihr Heimatland oder in ein sicheres Drittland wie zum Beispiel Ruanda abgeschoben werden. Ein Asylantrag wäre für die illegalen Bootsmigranten demnach nicht mehr möglich. Dies gelte ausdrücklich auch für Familien. Nur Minderjährige, Kranke und extrem gefährdete Personen seien ausgenommen. Das »Aufhalten der Boote« war eines der Wahlversprechen von Premierminister Rishi Sunak. Nun lässt er Taten folgen. Umfragen zufolge ist rund die Hälfte der britischen Wähler für seinen Plan, nur etwa ein Drittel hält das Vorgehen für falsch. (kmü)

ÖSTERREICHS REGIERUNG BEFINDET SICH WEITER IM SINKFLUG

Kärnten/DW. Wahlsieger und zugleich großer Verlierer: Bei der Landtagswahl in Kärnten am vergangenen Sonntag kam die SPÖ mit Landeshauptmann Peter Kaiser auf 38,92 Prozent, was einem satten Minus von 9,02 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl 2018 entspricht. Für das schwache Abschneiden seiner Partei übernimmt Kaiser »die volle Verantwortung«, was allerdings nicht seinen Rücktritt zur Folge hat: »Eine Familie lässt man nicht im Stich.« Auf Platz zwei landete die FPÖ mit Erwin Angerer an der Spitze, die mit 24,55 Prozent (+1,59 Prozent) ihr bestes Ergebnis seit über 20 Jahren einfuhr. FPÖ-Chef Herbert Kickl freute sich über den Erfolg und konnte sich einen Seitenhieb auf die SPÖ nicht verkneifen: Die Menschen hätten nicht vergessen, dass Kaiser bei den Corona-Schikanen an vorderster Front gestanden und die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben habe. Die Grünen (3,9 Prozent) verpassten den Einzug in den Kärntner Landtag deutlich. (kmü)



Vom Rosa-Luxemburg-Platz am 28. März

Der De Widers wird zur Mosaik-Ver

Wir sind überall! | Von Ansel



Die Mutter der Demokratiebewegung *NichtOhneUns.de* und die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* werden zur Mosaik-Verschwörung. Seit dem 28. März 2020 entfaltet sich die größte, zahlreichste und ausdauerndste Erhebung in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte, strahlt national und international aus und umfasst das breiteste demokratische Spektrum, das alle Parteigrenzen bei weitem sprengt. Die neue Demokratiebewegung ist seit drei Jahren eine wahre Volkserhebung. Wir wollen die Erneuerung unserer Demokratie durch uns selbst. Und: Die Demokratiebewegung ist vielgestaltig, flexibel, fein ziseliert, miteinander teils unsichtbar verbunden und in allen Regionen und Berufsgruppen verbreitet.

Zuletzt stellten sich Sahra Wagenknecht, Alice Schwarzer, Oskar Lafontaine, Sevim Dagdelen und General Erich Vad der Demokratie- und Friendesbewegung an die Seite. Wir begrüßten sie am Samstag, 25. Februar, zusammen mit weit über 50.000 Demokraten bei uns in Berlin. Zwei Drittel davon die klassische Demokratiebewegung seit 28. März 2020, ein Drittel neu Hinzugekommene aus Linkspartei, SPD und DKP, die ihre zögerliche Haltung unter dem kriegsvorbereitenden Corona-Putschversuch und dem genozidalen Spritzenwahn nun endlich abgelegt haben.

Von Beginn der Demokratiebewegung an hieß es von Seiten später Hinzugekommener wohlmeinend: »Wir müssen anschlussfähiger werden!«. Da hatten *Nicht Ohne Uns* und der *Demokratische Widerstand* schon Millionen von Menschen erreicht, motiviert, verbunden und in Bewegung gesetzt. Immer ganz klar: Jeder Mensch hat seinen eigenen Wert, trifft seine eigene Entscheidung, ist vollwertig als Individuum und nicht nur Teil einer Gruppe. Gemeinsam sind wir: Das Volk!

Der Widerstand ist von Beginn an so anschluss- und mobilisierungsfähig wie keine Partei und keine Bundesorganisation es jemals in der Geschichte der vergangenen sieben Jahrzehnte war und wohl geschichtlich auch noch darüber hinaus. Dazu zählt auch der häufig nörglerisch vorgetragene Satz »wir müssen anschlussfähiger werden«. Der ist übrigens strategisch einkalkuliert und die Strategie ging millionenfach auf und tut es weiterhin zunehmend.

Die Vorreiterrolle bringt von Beginn an mit sich, dass *Nicht Ohne Uns* sowie Redaktion und Macher der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* besonderen Angriffen von Seiten der politmedialen Kaste ausgesetzt sind. Dies äußerte sich in physischen, rechtlichen und medialen Angriffen genauso wie in der systematischen Verleumdung, später »subkutanen« Verleugnung und Niederhaltung. Es äußerte sich in Einflüsterungen und »Kontaktversuchen« bis hin zu Unterwanderungsversuchen genauso wie in einer Reihe von Kontoschließungen. Dieser Tage ist die elfte (!) dieser Art in drei Jahren im Presse- und Redaktionsbetrieb der Wochenzeitung der Demokratiebewegung eingetrudelt. Eine Lösung haben wir bereits gefunden, denn wir finden immer eine.

Wir lassen uns also weiterhin nicht unterkriegen. Auf den ersten Aufruf in drei Jahren, die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* zu unterstützen, um deren Erhalt und Ausbau zu ermöglichen, folgte eine sehr gute Reaktion von sehr vielen Menschen. Nun ist der Weg frei, uns als *Print*medium auszubauen, uns digital zu erweitern. Das wird uns aber nur erlaubt werden, wenn wir uns vielgestaltig aufstellen, den Gegner also einkreisen und seinerseits in »Bubbles« einkreisen – und gewissermaßen zur Szene verarbeiten. Die dafür notwendige Durchdringung und das Gewicht unserer Ideen im Volk haben wir inzwischen. Aber wir werden möglicherweise mehr »Mimikri« machen müssen, um als Flaggschiff nicht allzuleicht erkennbar zu sein und aufgerieben zu werden. Damit ist die Zeit gekommen, die Strategie der Dezentralität gewissermaßen zur »Multitude« (Noam Chomski) zu erheben. Unsere Ablösung und Überwindung der überkommenen Strukturen ist durchwirkt von Aufbruch und Neuverständigung. Die Machtfrage wird von Beginn an gestellt: »Wir sind das Volk!« Ohne uns kann es keine legitime Machtausübung geben. Wir sind Demokraten und wehren uns gegen einen technokratischen Putschversuch, Gleichschaltung, Propaganda, Überwachung und die wahnhafte Weltkriegstreiberei der Polit- und Medienkonzerne.

Doch die Kräfte der Reaktion trachten danach, weiter zu zensieren, zu stigmatisieren, zu terrorisieren, in den Wahnsinn und im Falle des großen Alternativen Clemens Arvay sogar in den Selbstmord zu treiben. Dagegen setzt die neue Demokratiebewegung von Beginn an des Mittel der breiten mosaikhaften Streuung ein und bewarb dies auch von Beginn an, verbunden mit dem 5-Punkte-Plan seit 28. März als das Mittel der Wahl. (1)

UNSER MOSAIK

»Mit Maquis und mit Hochburgen!«, wie es unsere Freunde von den Gelbwesten zuletzt im Konspirationistschen Manifest poetisierend auf die Formel brachten (2); also bildlich mit dem Rückzug der Résistance »in die Wälder« und die wehrhafte Präsenz in »höchsten Höhen«. Mit dieser Strategie haben wir unglaubliche Erfolge erzielt und das im historischen Maßstab. Vereinigungen, Stiftungen, Genossenschaften und eine unglaubliche Vielzahl an Einzelpersonen bilden bildlich einen Teppich, ein Mosaik, auf dem unsere demokratische Revolution tanzen kann. Denn wir werden alle gebraucht, wir stehen zueinander und uns verbindet weit mehr als die alltägliche Auseinandersetzung. Unser Kampf führt zum Sieg!

Nicht Ohne Uns und die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* werden nicht weichen und als das »Original« und der »Think Tank« der neuen Demokratie- und Friedensbewegung bestehen, sich nicht unterwandern lassen und auch weiter wachsen. Dazu zählt der Ausbau unserer Domänen: Strategiebildung, Demokalender und die Verbreitung der gedruckten Zeitung mit vielen Helfern im ganzen Land. Aber eben auch der Ausbau unserer Digitalpräsenz auf verschlungenen Pfaden. Wir sind überall



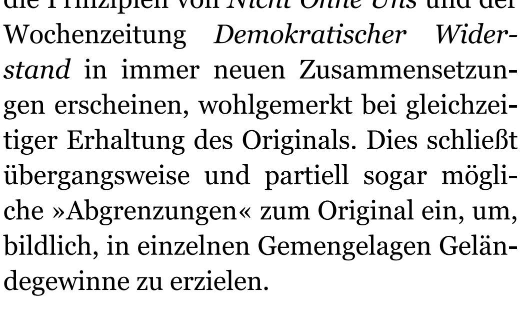
2020 zur Frauenpower-Demo am 28. Februar 2023: Zur dezentralen Verfassungs- und Friedenbewegung stoßen immer neue Menschen hinzu. Fotos: privat.

emokratische
stand
rschwörung

m Lenz

ist die Losung und doch jeder sein eigenes Original.

Nicht Ohne Uns und die Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* werden also die Leuchttürme und quasi der »Heimathafen« der Demokratiebewegung bleiben, aber noch in verstärktem Maße in anderen Figurationen in Erscheinung treten. Gelungen ist dies bereits in einer Anzahl an Gewerkschaftsprojekten, Aufarbeitungsprojekten, Rechtshilfefonds, Video-*Talkshows*, mindestens zwei Kleinparteien, die als auch als sichtbares Netzwerk operieren, weiteren journalistischen Angeboten im Inland sowie der internationalen Vernetzung. Um das Risiko der Tilgung durch die nächsten Repressionswellen des Regimes auszuweichen und als »Welle« neu angreifen zu können, werden, ähnlich wie bei Querdenken,



die Prinzipien von *Nicht Ohne Uns* und der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* in immer neuen Zusammensetzungen erscheinen, wohlgemerkt bei gleichzeitiger Erhaltung des Originals. Dies schließt übergangsweise und partiell sogar mögliche »Abgrenzungen« zum Original ein, um, bildlich, in einzelnen Gemengelagen Geländegewinne zu erzielen.

Die Rückeroberung unseres Landes, unseres gesellschaftlichen Terrains bleibt dabei immer an den 5-Punkte-Plan gebunden, selbst wenn er in Formen eines 3-Punkte-Planes erscheint, der sich milder formuliert oder nur einzelne Forderungen nennt oder Lebensführungsratschläge voranstellt. Am Ende steht immer die demokratische Erneuerung unseres Landes mit der Volksabstimmung über die grundlegendsten Angelegenheiten – bei Wahrung der bürgerlichen Freiheitsrechte und der Errungenschaften der Arbeiterbewegung, wie sie sich zusammengenommen zumindest dem Wortlaut nach in Grundgesetz, Menschenrecht und Nürnberger Kodex zeitigen. Wenn man so will: Alles für Deutschland! Dies indes im besten, humanistischen, also menschenfreundlichsten und antiimperialistischen Sinne.

Die Demokratiebewegung und der *Demokratische Widerstand* verstärken damit die Strategie der, wenn man so will, »Mosaik«-Verschwörung, die von Beginn an strategisch in ihr angelegt ist. Denn kein Bundesverband, keine Partei, kein neuer Napoléon, keine Volkstribunin, kein Gewerkschaftsführer, kein Gönner und keine stolze Edelfeder können diesem Feind alleine widerstehen.

Unsere Zeichen sind ausgelegt, die letztlichen Ziele gesteckt, die Mobilisierung gelungen und der Gegner umrissen. Vor uns liegt nun ein Weg in die Klarheit, wenn wir ihn gehen und uns nicht von Störfeuern ablenken lassen. Wir werden mit uns und gemeinsam ins Reine kommen!

Die Bahnung ist voll da: Die demokratische Revolution in Deutschland wird erreichbar sein und ihr zweiter großer Erfolg nach der Beendigung des Corona-Regimes zum 1. März 2023 wird die Beendigung der indirekten oder direkten Kriegsbeteiligung unserer Nation am Stellvertreterkrieg in der Ukraine sein. Packen wir es an! Führen wir es durch! Und Gehen wir dann gemeinsam weiter, bis zum umfassenden Sieg!

(1) https://www.nichtohneuns.de
(2) https://demokratischerwiderstand.de/buecher
Dieser Text ist als Lesung auf Apolut.net zu hören.

JUBILÄUM: Am 25. März 2023

28. MÄRZ

Drei Jahre neue Demokratie- und Friedensbewegung: Am Samstag, 25. März 2023, 15 Uhr, treffen sich auf dem Rosa-Luxemburg-Platz Vertreter (w/m) fast aller Spaziergänge in Berlin. Das Jubiläum findet bereits drei Tage vor dem »Dreijährigen« statt – denn am Wochenende geht es besser! Die »Bewegung 28. März« verbreitete sich ab 28. März 2020 über NichtOhneUns. de bundesweit mit Hunderten »Hygienespaziergängen«, dem Newsletter NichtOhneUns.de und bundesweit eigenständigen Gruppen nach dem Postleitzahlensystem und dem 5-Punkte-Plan (Seite 2). Aus ihr gingen fast alle weiteren Entitäten und Konzepte der neuen Demokratie- und Friedensbewegung nach dem Prinzip der »Multitude« hervor. (bat)



Das Letzte – von Anselm Lenz

Sehr geehrte Leserinnen (m/w)!

Wenn Sie dem Helden der neuen deutschen Demokratiebewegung Michael Ballweg Briefe schreiben möchten, tun Sie das! Seine Adresse lautet derzeit: JVA Stuttgart, Asperger Straße 60, D-70439 Stuttgart. Zuletzt antwortete er mir: »Lieber Anselm, mich hat die Zeitung De Andere Krant aus Holland angeschrieben [unsere Partnerzeitung in Amsterdam]. Mein Fall erhält jetzt auch international etwas Beachtung.«

Ich kann es nach wie vor nicht fassen, dass die BRD dieses Verbrechen an meinem geschätzten Freund Michael Ballweg verübt. Wohlgemerkt deshalb, weil er ein Demokrat ist. Oder ein lebendiger Joseph Beuys. Oder jemand, der sich im Moment des Verfassungs- und Menschenrechtsbruchs der Herrschenden am urdemokratischen Recht einer verfassungsgebenden Versammlung geübt hat. Dies übrigens mit meiner vollen Unterstützung, meinem Einverständnis, meinen Ideen dazu und meiner Vorarbeit.

Das erwähne ich nicht, weil ich etwas von seinem verdienten Ruhm und Heldenstatus abhaben möchte (ich bin nicht zu kurz gekommen), sondern weil man statt seiner auch einfach 1,3 Millionen weitere Demokraten und mindestens 16 Millionen Sympathisanten in der BRD hätte wegsperren müssen. Jürgen Fliege brachte es im großen DW-Exklusivinterview auf den Punkt: »Wir können uns nicht alle mit Ballweg in die Zelle drängeln!«



Thema Volksentscheide: Der Berliner Senat verhöhnt alle Demokraten und will am 26. März 2023 per Volksentscheid darüber abstimmen lassen, ob sein eigenes Ziel »Berlin 2045 klimaneutral« bereits bis zum Jahr 2030 durchgedrückt werden soll. Gemacht wird es eh, da ist sich die politmediale Kaste ohne Volk sicher. Die Ziele können noch so redlich sein, diese Riege ist es nicht. So weigert sich diese Zusammenrottung krimineller Rotzlumpen, der Berliner Senat, den mit großer Mehrheit angenommenen Volksentscheid zur Enteignung einiger Vermieterkonzerne umzusetzen. Bestochen? Oder eher noch Schlimmeres?



Bei meinem Besuch des Stasi-Museums: Die DDR wird mir immer sympathischer. Die Bespitzelung war weitaus berechenbarer und als das Volk sie einfach nicht mehr wollte, gab sich die DDR lieber selber auf, anstatt die Proteste niederzuschlagen. Die neue deutsche Demokratiebewegung ist größer, langanhaltender und weiter verbreitet als die DDR-Proteste. Doch die BRD-Kaste will einfach nicht weichen. Aber das System bröckelt und wir sind bereit. Und: Wir sind überall!

Herzlich achtungsvoll grüßt
Anselm Lenz | Journalist, Verleger (Fotos: DW-Screenshots)



Setzt sich in Szene: Verfassungs- und Demokratiefeindin Nancy Faeser vor einem schwarzblauen Helikopter und einer Regime-Eingreiftruppe. Foto: twitter.com/Nancy Faeser

BALD BEGINNEN DIE DISSIDENTEN-MORDE

KOMMENTAR Von Paul Brandenburg

Seit Monaten erscheinen sie immer wieder über der Berliner Innenstadt: sechs bis zehn schwarzblaue Hubschrauber in Formation. Vom Stadtrand fliegen sie über das Regierungsviertel und wieder zurück.

Ihr Abflugort? Ihr Ziel? Beides unklar. Zwanzig Kilometer außerhalb der Stadt allerdings war etwas zu beobachten, auf dem Flugplatz Schönhagen. So unbekannt er der Allgemeinheit ist, gehört er doch zu den größten dieses Landes mit rund einer halben Million Starts und Landungen im Jahr. Unweit vom internationalen Problemflughafen BBI können auf der Piste in Schönhagen ähnlich große Maschinen landen. Darum wird Schönhagen – im Fliegersprech »EDAZ« – gern auch von Prominenten für den diskreten An- und Abflug aus Berlin genutzt. Eben dort waren denn auch kürzlich schwarzblaue Hubschrauber zu sehen, wie sie tief über die Piste gingen und offenbar für Abseilübungen zum Einsatz kamen. Ob es sich um Polizei- oder Militärmaschinen handelte, war selbst aus der Nähe nicht zu erkennen. Dass die Maschinen und die Besatzungen bis an die Zähne bewaffnet und getarnt waren, allerdings doch. Irgendwas wird geübt. Was auch immer es sein mag: Der Verdacht liegt nahe, dass es sich dabei um Evakuierungsmaßnahmen für Regimefunktionäre handelt.

Fürchten die Täter ernsthaft, flüchten zu müssen? Wohl kaum. Wie die zunehmenden Häuserkampfübungen der Bundeswehr, von denen immer mehr Informanten berichten, dürften diese Inszenierungen einem anderen Zweck dienen: der Einschüchterung, der Darstellung von Macht. Das Regime eskaliert seit Monaten sein Vorgehen gegen Kritiker. Es wird kein Zufall sein, dass die oberste Verfassungsfeindin, Innenministerin Nancy Faeser, ihre interne Hexenjagd gegen »untreue« Beamte mit der Verherrlichung der »treuen« verbindet. Auf ihrem *Twitter*profil posiert Faeser seit neuestem vor einer Eingreiftruppe in militärischem Fleckentarn. Auf dem schwarzblauen Helikopter prangt der Schriftzug »Bundespolizei«. Mit Polizei hat dieses Bild so wenig zu tun wie Faeser mit Demokratie. Die Eskalation im Auftritt sendet eine klare Botschaft: Nach der Hetzjagd gegen verwirrte Monarchisten, dem dafür inszenierten »Reichsbürger-Putsch« und der jüngst angeblasenen Jagd auf die »Verfassungsfeinde« in den eigenen Reihen wird das Regime als nächstes gegen jeden Bürger losschlagen, der noch den Mund aufmacht. Dissidenten werden seit langem bereits von den landesweit aufgeblähten Kripo-Abteilungen für »Staatsschutz« terrorisiert. Mit der Militarisierung des Auftrittes aller »Sicherheitsorgane dürfte das Regime nun auf diejenigen zielen, die ihren Groll bisher für sich behielten.

MACHTGEHABE GENÜGT NICHT MEHR

War bisher die stetig wachsende Zahl der Beamten, die sich innerlich von den herrschenden Neofaschisten losgesagt haben, deren größtes Problem, so sind es seit Wagenknechts »Aufstand für den Frieden« die ganz normalen Bürger. Die Kriegshetze der Blockparteien nämlich macht zu vielen Menschen Angst. Das Regime hatte sich bereits verschätzt, als es annahm, die durch seinen Maßnahmen-Terror gefügig gemachten Bürger würden auch den politischen Gasverzicht und den damit geschaffenen Energiemangel mittragen. Damals, im Herbst 2022, war es zum ersten Mal erkennbar von echter Angst vor seinen Bürgern ergriffen. Diese Angst ist – auch dank Wagenknecht und Schwarzer – nun noch größer geworden. Viele Zehntausend standen vor dem Brandenburger Tor. Fast eine dreiviertel Million haben bisher die zugehörige Petition unterzeichnet. Diese Menschen und ihre Überzeugung bedeuten eine existenzielle Bedrohung für das Regime. Denn ihr Protest richtet sich gleichermaßen gegen den Wahnsinn des Regimes, wie gegen seine Basis: die Korruption der herrschenden Blockparteien.

DIE FRAGE LAUTET NICHT MEHR: OB? – SONDERN NUR NOCH: WANN UND WEN?

Von ihrem Kriegskurs können und wollen die Demokratie-Simulanten nicht einen Grad abweichen. Anders als bei ihrem selbstgebauten Gasmangel können sie sich diesmal auch nicht freikaufen. Wagenknecht und ihre Friedensbotschaft können sie nicht als rechts diffamieren. Mit den bisherigen Versuchen haben sie sich bereits blamiert. Es bleibt also nur noch ein Mittel zur Unterdrückung der Bewegung: direkter Terror gegen deren Unterstützer. Am effektivsten erfolgt die Einschüchterung der Masse stets durch öffentliche Vernichtung Einzelner. Die Frage lautet nicht mehr, ob sie morden werden. Die Frage lautet nur noch: wann und wen?



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite *PaulBrandenburg.com*.

Z

ZENSUR:

Bezeichnet eine in der Regel von staatlicher Stelle vorgenommene Überprüfung und Kontrolle von Information. Die Demokratie in ihrer modernen, in demokratisch verfassten Staaten gängigen Form schließt Zensur aus. In Deutschland ist die Zensurfreiheit in Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetztes festgelegt. Dort heißt es: »Eine Zensur findet nicht statt.« Die aktuelle Realität zeigt uns allerdings ein anderes Bild. ...

Aus dem Corona-ABC von Sven Magnus Hanefeld



Frau der klaren Worte: Sängerin Julia Neigel. Foto: Wikipedia

MUSIKERIN JULIA NEIGEL: »*GREAT RESET* WIRD SCHEITERN!«

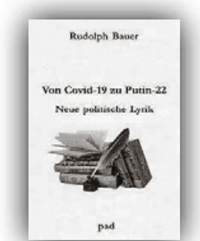
Ludwigshafen/DW. In einem Interview mit dem *Online*-Magazin *Naturscheck* fordert die in Ludwigshafen lebende Sängerin Julia Neigel erneut eine mediale und juristische Aufklärung der Coronazeit. Angesprochen auf die Agenda des *Great Reset* erklärt sie: »Ich bin überzeugt: Solche Pläne scheitern. Es gibt immer Alternativen. Immer mehr Menschen wehren sich gegen solche Bevormundung. Ich bin Künstlerin, und die Freiheit ist für mich das Wichtigste überhaupt. [...] Wir dürfen nicht aufhören, die Aufarbeitung von Unrecht und Tyrannei voranzutreiben, denn was in unserem Land passiert ist, das ist eine Schande und darf sich nicht wiederholen.« (kmü)

HOLLYWOODSTAR WOODY HARRELSON KRITISIERT CORONA-WAHNSINN

Los Angeles/DW. US-Schauspieler Woody Harrelson (u. a. »True Detective«) sorgte in der Sendung »Saturday Night Live« mit einem Monolog für Wirbel. Er beschrieb ein, wie er es nannte, völlig verrücktes Drehbuch: »Der Film geht so: Die größten Drogenkartelle der Welt tun sich zusammen und kaufen alle Medien und alle Politiker auf und zwingen alle Menschen auf der Welt, sich in ihren Häusern einzuschließen. Und die Menschen können nur herauskommen, wenn sie die Drogen des Kartells nehmen und sie immer wieder nehmen.« Danach fügte Harrelson hinzu: »Ich habe das Drehbuch weggeworfen. Ich meine, wer würde schon an diese verrückte Idee glauben – gezwungen zu werden, Drogen zu nehmen?« In einem Interview mit der *New York Times* äußerte er scharfe Kritik am Corona-Wahn in *Hollywood*: »Ich glaube nicht, dass irgendjemand das Recht haben sollte, zu verlangen, dass man gezwungen wird, die Tests zu machen, die Maske zu tragen und sich drei Jahre später impfen zu lassen. Ich sage nur: Lasst uns mit diesem Unsinn aufhören.« Unterstützung erhält Harrelson von seinem Schauspielkollegen Tim Robbins (»Die Verurteilten«), der auf *Twitter* deutlich machte, dass er die Sachlage genauso sieht. (kmü)

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



VON COVID-19 ZU PUTIN 22
Rudolph Bauer
Pad-Verlag
ISBN 978-3-8851 5-341-6



DIE ZUKUNFT BEGINNT HEUTE
Elvira Driediger (Hrsg.)
Driediger Georgsmarienhütte
978-3-9321 30-67



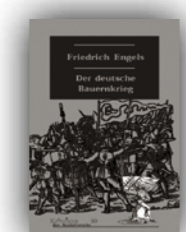
DER ALTE, WEISSE MANN
Norbert Bolz
Langen Müller
978-3784 4365 31



CHRONIK EINER ABRECHNUNG
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz
978-3982274577



STRATEGIEN DER MACHT
Roland Rottenfußer
Rubikon
978-3-96789-036-5



DER DEUTSCHE BAUERNKRIEG
Friedrich Engels
Unrast
978-3897 7190 71



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST
Anonym
Sodenkamp & Lenz
978-3982 2745 91



ANGRIFF AUF UNSER BARGELD
Michael Brückner
Kopp
978-3864 4591 91



DAS NEUE VOLK
Simon Kießling
Antaios
978-3949 0418 39



EIN WILLKOMMENER KRIEG?
Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann (Hgg.)
Papyrossa
978-3894 3880 10

DAS NEUE *SCHWURBELTREFF.DE*



Spätestens Corona hat die Menschen in zwei Lager geteilt: Jene, die den *Mainstream*-Medien und Politiker-Darstellern grundsätzlich vertrauen, und jene, die alternative Medien benutzen und viele Dinge ganz anders sehen und bewerten. »Viele suchen gleichgesinnte Freunde oder vielleicht auch einen Partner«, so der Programmierer Michael Bründel (Captain Future) von der Berliner *Freedom Parade.* Und das ist jetzt ganz einfach möglich bei SchwurbelTreff, der kostenlosen Kennenlern-Plattform speziell für »Schwurbler« und »Aluhut-Träger« auf SchwurbelTreff.de. Dort können Benutzer einstellen, ob sie einen Partner, neue Freunde oder beides suchen. Die Suchergebnisse lassen sich nach dem sogenannten SchwurbelMatch sortieren, der die Benutzer schwurbeltechnisch miteinander vergleicht.

HITLERGRUSS AUS KIEW



Bildschirmfoto aus der Filmserie »Never again is now global« von und mit Vera Sharav: Am 24. Februar 2023 zeigt der ukrainische Vertreter der OSZE-Delgation Mykyta Poturaiev bei einem Besuch im österreichischen Parlament den Hitlergruß. Mit dabei: Vertreter der weißrussischen Opposition. Die antirussische Provokation fand statt, nachdem die Parlamentarier zu einem Unterstützungsapplaus für das Kiewer Nato-Marionettenregime aufgefordert worden waren. (ale)



SPORT MIT BERTHOLD

KINDER KRIEGEN

Menschen ohne Kinder haben andere Prioritäten. Immer mehr Erwachsene sind viel zu sehr mit sich beschäftigt und bringen es nicht fertig, eine Familiensituation herzustellen.

Das soll nicht abwertend klingen, aber Kinder zu haben, ist eine große Herausforderung und mit einer riesengroßen Verantwortung verbunden. Eine eigene Familie erfordert vor allem innere Stabilität, Liebesfähigkeit und noch viel mehr Ausdauer. Die Ehe mit Kindern ist – sozusagen – ein Marathon.

Der Verantwortung gerecht zu werden, wird insbesondere in den aktuellen Zeiten noch schwieriger gemacht, wo Regierungsvertreter und Konzerne uns von außen her Krisensituationen aussetzen, die wir uns nicht ausgesucht haben und die für die Kinder überhaupt nicht gut sind. Dass ich mich deutlich gegen »Corona«-Maßnahmen inklusive der Spritzen und die neue Kriegsbegeisterung ausgesprochen habe, dürfte den Lesern ja längst bekannt sein.

Wir müssen gerade jetzt alles dafür tun, dass unsere Kinder eine Welt in Frieden und mit Perspektiven vorfinden. Ich bin ein großer Fan von enger Kind-Elternbindung, wie es zu meiner Kindheit war. Da gab es keinen Kindergarten und die Mutter musste nicht arbeiten gehen, damit die Familie überleben konnte. Heute werden die Kinder oft schon mit sechs Monaten abgegeben, da fällt der Einfluss der Eltern schon weg. Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



DIE CHRISTLICHE LEHRE ÜBER DAS BÖSE

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Das viele Böse, das in der Coronakrise geschah, ist schwer zu verkraften. Was sind das für Menschen, die andere zur »Coronaimpfung« zwingen wollten, über deren Schädlichkeit sich jeder von Anfang an informieren konnte? Wie konnten sie sogar den Kleinsten unserer Gesellschaft die Spritze aufdrängen? Etliche Kinder sind danach gestorben. Was sind das für Menschen, die als Journalisten schamlos die Lügen der Regierung mit ausgefeilten Propagandamethoden verbreiteten und die Kritiker verhöhnten? Was sind das für Menschen, die Angestellte wegen ihrer Skepsis oder weil sie sich der mRNA-Injektion verweigerten entließen?

Die Liste der Leiden und Bosheiten ist lang. Obwohl viele Christen und Gemeinden in der Coronakrise kein Licht in der Welt waren, lässt uns die christliche Lehre das viele Böse besser verstehen und verkraften. Sie spricht so viel vom Bösen, dass es Menschen manchmal befremdet oder ärgert. Johannes der Täufer bereitete das Wirken Jesu mit Bußpredigten vor. Der christliche Glaube beginnt mit der Reue über die eigenen schlechten Taten und Neigungen. Die Welt wird als weitgehend verdorben dargestellt: »Seid ohne Tadel und lauter und Gottes Kinder, unsträflich mitten unter dem unschlachtigen und verkehrten Geschlecht, unter welchem ihr scheinet als Lichter in der Welt.« (Phil 2,15)

Jesus und die Apostel sagten den Christen Verfolgung voraus. »Ihr werdet aber überantwortet werden von den Eltern, Brüdern, Gefreunden und Freunden; und sie werden euer etliche töten. Und ihr werdet gehasst sein von jedermann um meines Namens willen.« (Lk 21,16) Es wird sogar angekündigt, dass Christen und Gemeinden abfallen werden.

Die Herrscher dieser Welt werden als böse dargestellt: »Wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Fürsten und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in der Finsternis dieser Welt herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel.« (Eph 6,12) In der Coronakrise haben das viele gespürt.

Christus wurde gehasst, verfolgt, hingerichtet. Doch daraus wurde die gute Nachricht: Christus hat durch seinen Tod am Kreuz jedem Vergebung und »ewiges Leben« ermöglicht. Die zukünftige Zerstörung der Herren der Welt steht fest, auch wenn bis dahin noch viel Böses geschehen sollte. Die jetzige Welt ist nur ein Teil der Geschichte.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»NUR DIE LÜGE BRAUCHT DIE STÜTZE DER STAATSGEWALT, DIE WAHRHEIT KANN VON ALLEIN AUFRECHT STEHEN.« THOMAS JEFFERSON

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*